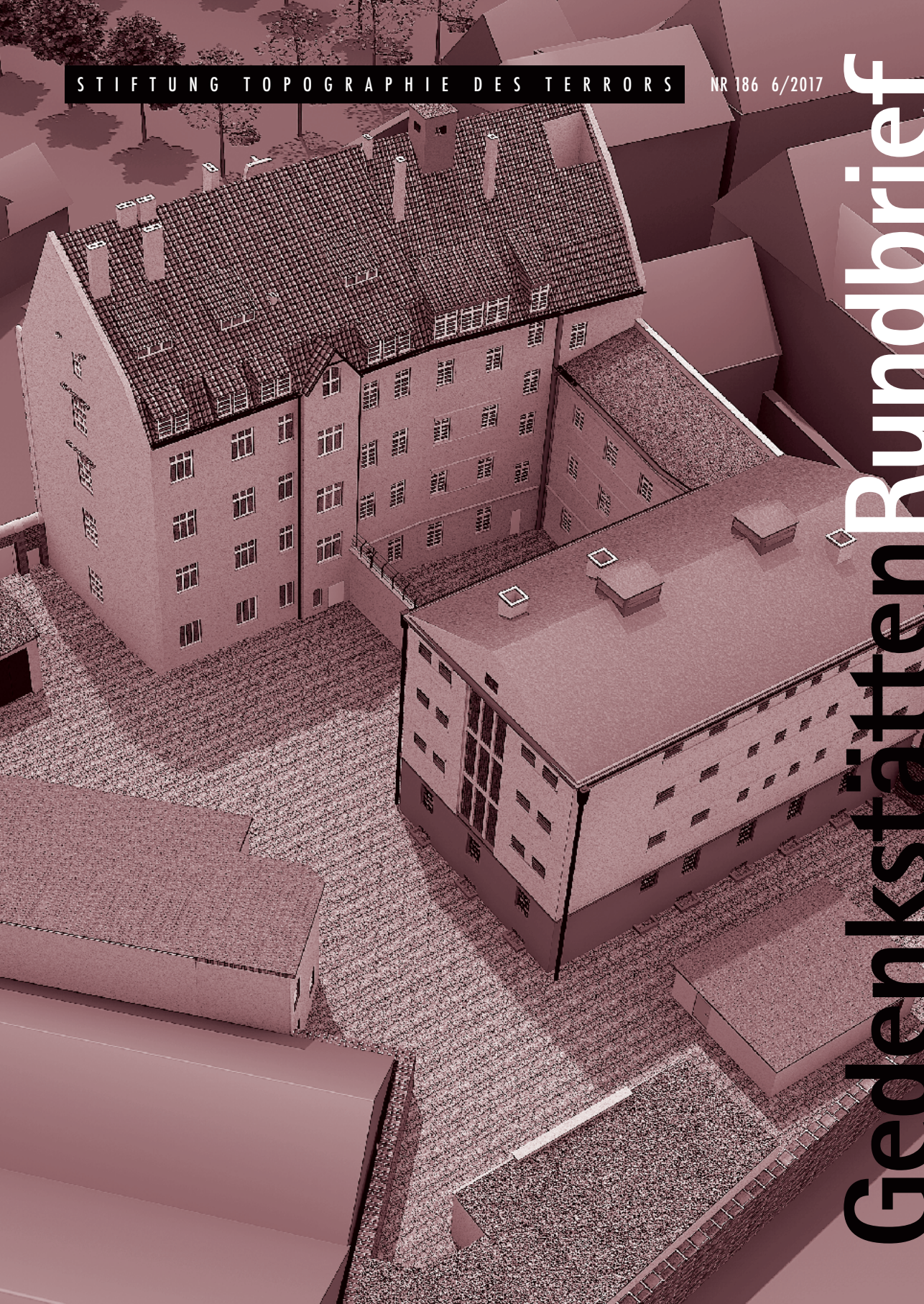


STIFTUNG TOPOGRAPHIE DES TERRORS

NR 186 6/2017



Gedenkstätten Rundbrief

- 3 Die Neukonzeption der Dauerausstellung in der Dortmunder Mahn- und Gedenkstätte Steinwache – ein Zwischenbericht über Konzeption und bisherige Arbeiten
Stefan Mühlhofer
- 12 Geschichtsarbeit im Dienste des Demokratie-Erhalts?
Das Projekt Lernort Kislau
Andrea Hoffend und Andreas Schulz
- 23 Zwangsverwaltet:
Die ADREAM-Kartei vom Lager Sebaldushof bei Treuenbrietzen in Brandenburg
Thomas Kersting
- 27 Wie Erinnern? Bilden! Vernetzen! Motivieren!
Gründung Runder Tisch Erinnerungsarbeit Saarland
Sabine Graf
- 31 Wozu brauchen wir NS-Gedenkstätten?
Und warum ist diese Frage nicht verkehrt?
Christian Angerer
- 34 Authentizität als Kapital historischer Orte.
Ein Tagungsbericht
Andrea Genest
- 42 Veranstaltungshinweise
- 48 Literaturhinweise
- 51 Rezension:
Ekaterina Makhotina: Erinnerungen an den Krieg –
Krieg der Erinnerungen. Litauen und der Zweite Weltkrieg
Ingolf Seidel

Die Neukonzeption der Dauerausstellung in der Dortmunder Mahn- und Gedenkstätte Steinwache

EIN ZWISCHENBERICHT ÜBER KONZEPTION UND
BISHERIGE ARBEITEN

Stefan Mühlhofer

Seit 1992 befindet sich im ehemaligen Polizeigefängnis in Dortmund die kommunal getragene Mahn- und Gedenkstätte Steinwache. In den letzten Jahren besuchten regelmäßig über 20 000 Menschen die Gedenkstätte. Die Steinwache gehört damit zu den fünf größten NS-Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen. In ihr wird im Kern die über 30 Jahre alte Ausstellung »Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945« präsentiert. Sie war in ihrer Zeit für viele andere lokale Gedenkstätten ein Vorbild. Trotzdem wurde zuletzt immer deutlicher, dass das Ausstellungskonzept und die Präsentation nicht mehr zeitgemäß und deshalb dringend überarbeitungsbedürftig sind.

1 Der historische Ort: Das Revier der Dortmunder Polizei an der Steinstraße

Im Zuge der Industrialisierung wuchs die Einwohnerzahl Dortmunds im 19. Jahrhundert explosionsartig. Lebten 1849 noch 10 515 Menschen in der Stadt, waren es am Ende des Jahrhunderts im Jahr 1900 bereits 142 733. Auf Wiesen und Feldern nördlich des ehemaligen Dortmunder Burgtors entstand ein neuer Stadtteil, die Nordstadt. 1914 lebten rund 60 000 Menschen im Dortmunder Norden.

Die Steinstraße liegt am südlichen Rand der Dortmunder Nordstadt in unmittelbarer Nähe zum Hauptbahnhof und zur Innenstadt. Bereits seit 1869 befand sich auf dem Anwesen Steinstraße 48 eine Wachstube der Dortmunder Polizei. 1906 wurde an dieser Stelle ein Polizeigebäude für das 5. Dortmunder Polizeirevier eröffnet, das für den Bereich des Dortmunder Nordens zuständig war. Um 1926/27 wurde mit der baulichen Erweiterung des Polizeireviers begonnen. Neben dem Gebäude von 1906 entstanden ein fünfstöckiges zusätzliches Verwaltungsgebäude, ein Polizeigefängnisstrakt und ein Verbindungstrakt zwischen beiden Bereichen. Neben diesen, heute noch erhaltenen Gebäuden, gehörte zu dem von einer hohen Mauer umgebenen Komplex eine heute nicht mehr vorhandene Hofanlage mit Garagen und Werkstätten.¹

Das Gefängnis bot Platz für 120 Häftlinge und galt in seiner Zeit als eines der modernsten in Deutschland. In der fortschrittlichen Ausstattung – so waren auf jeder Zelle Toiletten und nicht der damals noch üblich »Kübel« – und den Vorschriften für eine humane Behandlung der Gefangenen zeigte sich ein demokratischer Reformwille der Dortmunder Polizei. In einem Bericht des linksliberalen Dortmunder Generalanzeigers von 1931 steht: »Der moderne Strafvollzug hat in anerkennenswertem Ausmaße neue Mittel und Wege gesucht, um das Los derer, die ein straffälliges Opfer der ungeheuren sozialen Not wurden, zu erleichtern. [...] Und daß schon manches getan ist, zeigt ein Besuch im Dortmunder Polizeigefängnis in der Steinstraße, das nach seiner Modernisierung zu den modernsten deutschen Polizeigefängnissen gerechnet werden kann.«²

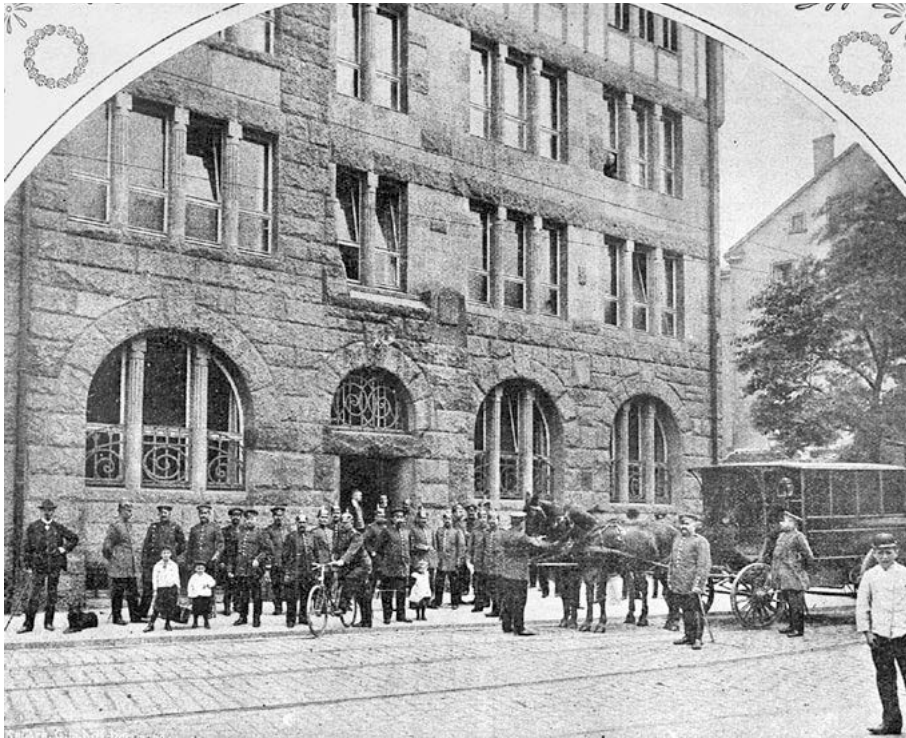
In den letzten Jahren der ersten deutschen Demokratie war die Dortmunder Nordstadt auch ein Ort vermehrter politischer Auseinandersetzungen. Die Dortmunder

Keimzelle der nationalsozialistischen SA wurde 1925 als »Sturm 83« in der Nordstadt gegründet. Als 800 SA-Leuten am 16. Oktober 1932 in einem Propagandamarsch durch die Nordstadt ziehen wollten, stellten sich ihnen Kommunisten und Sozialdemokraten in den Weg. Bei der sogenannten »Schlacht am Nordmarkt« starben zwei Menschen durch Polizeikugeln.

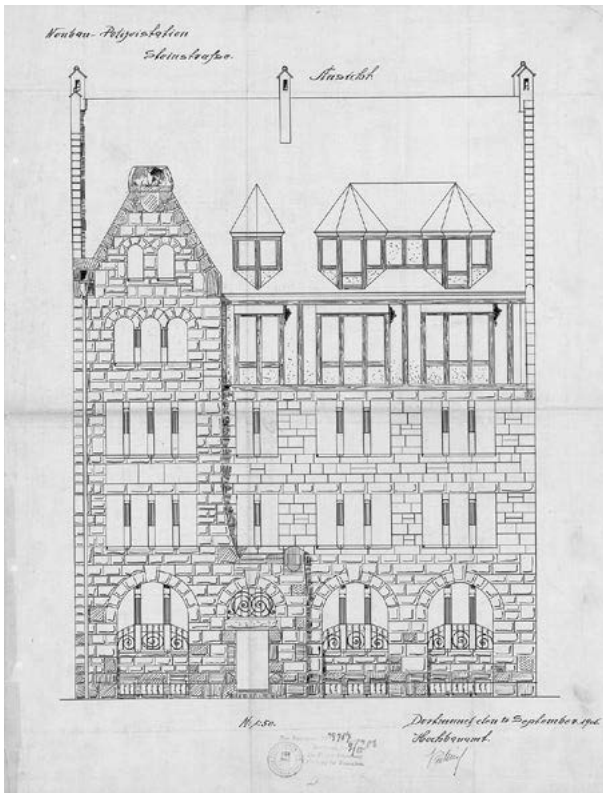
Nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler behielt das Polizeigefängnis seine bisherige Funktion, wurde zugleich aber zu einem Zentrum nationalsozialistischer Verfolgungsmaßnahmen im Westen des Reichs. Schon in der Phase des »wilden Terrors« durch die Hilfspolizisten von SA und Stahlhelm zwischen Februar und August 1933 diente die Steinwache als Folterort für Häftlinge.³ Seitdem wurde Gewalt für viele Insassen zur prägenden Erfahrung, vor allem bei den Verhören durch die Geheime Staatspolizei (Gestapo),⁴ aber auch im täglichen Umgang mit dem Aufsichtspersonal. Für viele politische Häftlinge verknüpfen sich schlimme Erfahrungen mit der »Zelle 19«, die von vielen nachträglich als »Isolierzelle«, »Fertigmachzelle« oder »Mordzelle« bezeichnet wurde. Sie war etwa fünf Quadratmeter groß, an den Ecken abgerundet und ohne Einrichtungsgegenstände. Sie diente vor allem in den ersten Jahren der Gestapo dazu, Angehörige des politischen Widerstands zu demütigen und zu quälen. Die politischen Gefangenen bezeichneten die Steinwache schnell als »Hölle Westdeutschlands«.⁵ Die Gefangenen stammten nicht nur aus dem Dortmunder Stadtgebiet, sondern aus den Zuständigkeitsgebieten der lokalen Gestapo und Kripo, die sich weitgehend mit dem Regierungsbezirk Arnsberg deckten.

Die Insassen in der Steinwache waren folglich sehr heterogen. Die Inhaftierungsgründe reichten von politischen Meinungsäußerungen über das Verteilen von missliebigen Flugblättern bis zur Verhängung von Schutzhaft für Regimegegner. Sie umfassten aber auch Bettelei, Trunkenheit, Diebstahl, Betrug, den § 175 des RStGB und Gewaltverbrechen. Dazu kamen Verstöße gegen die nationalsozialistische Arbeits- und Kriegswirtschaftsordnung. Es wurden aber auch die vom individuellen Verhalten zunehmend entkoppelten Verfolgten, die einem völkischen und rassistischen Gesellschaftsbild der Nationalsozialisten zum Opfer fielen in die Steinwache eingeliefert: »Asoziale«, Juden und Sinti und Roma. Während ein Teil der Häftlinge schnell wieder entlassen oder an die zuständigen Arbeits- und Sozialämter überstellt wurde, saßen andere oft monatelang in Haft und wurden nicht selten anschließend an die Justiz übergeben oder in Konzentrationslager verschleppt. Folglich besaß die Steinwache, ein im Dortmunder Stadtraum zentral gelegener Haftort, für die lokale Stadtgesellschaft große Bedeutung, war aber zugleich mit einer Vielzahl von anderen Verfolgungsorten im gesamten NS-Herrschaftsbereich verbunden.

Bis September 1939 führte die Inhaftierung von politischen Gegnern, Sozialverfolgten, Juden und Kriminellen immer wieder kurzfristig zu einer teils erheblichen Überbelegung der Steinwache, auch wenn die Belegungsstärke schon 1933 auf 180 Insassen angehoben worden war.⁶ Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges sorgten der Einsatz von Zwangsarbeitern und die Schaffung einer Vielzahl von neuen kriegsspezifischen Straftatbeständen für schnell steigende Häftlingszahlen. Spätestens seit dem Sommer 1942 war die Steinwache dauerhaft mit etwa 600 Häftlingen überfüllt. Dies führte zu katastrophalen hygienischen Verhältnissen. Um die Situation im Polizeigefängnis zu entlasten, wurden die Garagenanlagen auf dem Hof der Steinwache als Ersatzhaftstätten eingerichtet, das Dortmunder Gerichtsgefängnis in der Lübecker



Das Polizeirevier an der Steinstraße 1907.
Alle Abbildungen:
Stadarchiv Dortmund



Aufnahme einer Zelle
in der Steinwache
von 1937.

Aus den Bauakten für
den Neubau des
Polizeireviere in der
Nordstadt, 1906.

Straße mitbenutzt, aber auch im Stadtgebiet mehrere Straflager für osteuropäische Zwangsarbeiter eingerichtet. Schon während der Reichspogromnacht 1938 inhaftierte die Dortmunder Polizei hunderte jüdische Männer in der Steinwache. Viele von ihnen wurden ins KZ Sachsenhausen verschleppt.

Im Oktober 1944 wurden die Hofgebäude des Polizeigefängnisses bei einem britischen Luftangriff völlig zerstört. Zur Trümmerbeseitigung wurden, wie auch schon zuvor vermehrt in der Innenstadt, Häftlinge der Steinwache eingesetzt.⁷ Das Verwaltungsgebäude und das Gefängnis überstanden den Krieg aber fast völlig unbeschadet.

Nach der Befreiung Dortmunds wurden das Verwaltungsgebäude und das Polizeigefängnis vom zentralen Polizeikommando der britischen Besatzungsmacht übernommen, mit der Gründung Nordrhein-Westfalens beide Gebäude der neuen Landespolizei übergeben. 1959 wurden dann das Dortmunder Polizeipräsidium und die dazugehörigen Arrestzellen verlegt. Das freigewordene ehemalige Polizeigefängnis wurde deshalb von 1961 bis 1986 als Übernachtungsstelle für Nichtsesshafte betrieben.⁸

Der Gebäudekomplex war in der Folgezeit immer wieder vom Abriss bedroht. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen, vor allem der Dortmunder Jugendring⁹ und das 1980 gegründete Kuratorium »Widerstand und Verfolgung in Dortmund«, setzten sich für den Erhalt des Gebäudekomplexes und eine sinnvolle Umnutzung ein. Dem Kuratorium gehörten, unter Vorsitz des damaligen Oberbürgermeisters Günter Samtlebe, Vertreter von Opferverbänden, der Politik, der Gewerkschaften, der Kirchen und weiterer zivilgesellschaftlicher Kräfte an. 1985 schließlich begann der Umbau des Verwaltungsgebäudes zum Sitz der Rheinisch-Westfälischen Auslandsgesellschaft (heute Auslandsgesellschaften NRW und Deutschland), Ende 1986 konnte das neue Haus bezogen werden. Zugleich wurde das Stadtarchiv Dortmund zum Bedarfsträger des Gefängnisgebäudes bestimmt. Damit war eine Vorentscheidung über den endgültigen Präsentationsort der seit 1981 an anderem Ort präsentierten Ausstellung »Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933 bis 1945« gefällt worden.

2 Zur Geschichte der Ausstellung

Seit Ende der 1960er Jahre wird über die Verfolgung von politischen Gegnern und Minderheiten durch die Nationalsozialisten in der Stadt Dortmund geforscht. 1969 legte Kurt Klotzbach, ein damaliger Mitarbeiter des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, eine Monografie zum Thema vor.¹⁰ Die Arbeit ist bis heute ein Standardwerk. Im Mittelpunkt dieser Untersuchung steht der Widerstand sozialdemokratischer, linkssozialistischer und kommunistischer Gruppen in Dortmund. Zugleich wird aber auch die Bekennende Kirche untersucht und in einem Anhang die gesamte Verfolgung durch das NS-Regime beleuchtet. Dieses Werk war eine Pionierarbeit, wie auch die 1977 von Ulrich Knipping vorgelegte Monografie zur Geschichte der jüdischen Dortmunder Bevölkerung in der NS-Zeit¹¹. Weitere umfassende historische Arbeiten zur lokalen NS-Geschichte konnten in der letzten Zeit nicht verzeichnet werden, mit Ausnahme des von Rolf Fischer erarbeiteten Gedenkbuchs der Dortmunder Opfer der Shoah.¹²

In Form einer Ausstellung wurde das Thema »Politischer Widerstand in Dortmund« erstmals Anfang der 1970er Jahre durch das »Antifaschistische Seminar« um Heinz Junge erarbeitet. Die Präsentation wurde zunächst im Dortmunder Haus der Bibliotheken gezeigt und später in einem privat angemieteten Ladenlokal in der Blumenstraße

in der Nordstadt ausgestellt. Einige Ausstellungsexponate finden sich noch heute in der derzeitigen Dauerausstellung der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache.

1978 beauftragte der Rat der Stadt Dortmund das Stadtarchiv, eine Ausstellung unter dem Titel »Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945« zu erstellen. Günter Högl erarbeitete in Zusammenarbeit mit engagierter Unterstützung ehemaliger vom NS-Staat Verfolgter die Gesamtkonzeption der Ausstellung. Diese wurde drei Jahre später erstmals im Foyer des Stadthauses der Öffentlichkeit präsentiert und stieß auf große Resonanz in der Dortmunder Bevölkerung. Anschließend wanderte eine reduzierte Fassung durch verschiedene Dortmunder Schulzentren. Bereits im November 1981 kam es zu einer Präsentation in Dortmunds Partnerstadt Netanja, später auch in Kopenhagen (1983), Wien (1984/85), Rostow am Don (1984), Amiens (1985) und Leeds (1990). Seit 1984 wurde die Hauptausstellung dauerhaft im Dortmunder Museum im Westpark gezeigt. Weit über 300 000 Besucher fanden bis 1991 den Weg dorthin.

Im Juli 1987 beschloss der Rat der Stadt Dortmund, das ehemalige Polizeigefängnis in eine NS-Gedenkstätte umzuwandeln und die Ausstellung »Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945« dort dauerhaft zu präsentieren. Die Ausstellung wurde in ihrer Grundkonzeption übernommen, einige Themenfelder, die zu Beginn der 1990er Jahre verstärkt in den Blickpunkt der Geschichtswissenschaft gerückt waren, wie Euthanasie, Verfolgung von Sinti und Roma, Zwangsarbeit, wurden zusätzlich aufgenommen. Als wissenschaftlicher Berater und Mentor war der damalige Bochumer Professor Hans Mommsen an der Konzeption und Ausführung der Ausstellung beteiligt. Seit der Einweihung der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache am 14. Oktober 1992 wurden nur noch kleinere Korrekturen an der Dauerausstellung vorgenommen und ein zusätzlicher Raum eingerichtet, der die Verfolgung der Homosexuellen in Dortmund thematisiert.

Seit 1992 haben etwa 440 000 Menschen die Dauerausstellung in der Steinwache besucht. Schülerinnen und Schüler stellten dabei die größte Gruppe dar. Über 5 600 Schulklassen aus Dortmund und der Umgebung bekamen die Ausstellungsinhalte der Gedenkstätte vermittelt.

3 Konzeptionelle Überlegungen zur neuen Dauerausstellung

2014 gab es zum ersten Mal Überlegungen, die jetzige Dauerausstellung in der Steinwache gänzlich zu überarbeiten. Einer der Gründe war, dass in der momentanen Dauerausstellung das ehemalige Polizeigefängnis zwar der Ort der Präsentation ist, das dortige Geschehen während des Nationalsozialismus jedoch wenig Berücksichtigung findet. Damit ist das eigentliche Potenzial des Ausstellungsortes bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Bietet sich mit der oben skizzierten Geschichte und Dank der nahezu vollständigen baulichen Erhaltung doch die Möglichkeit, im Zentrum Dortmunds einen einzigartigen Erinnerungsort einzurichten. Von Beginn an war klar, dass die neue Dauerausstellung die Geschichte des Ortes und seiner Insassen deutlich stärker in den Mittelpunkt der Präsentation rücken wird. Sie wird die Steinwache als einen Ort



Plakat der Ausstellungspräsentation »Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945« in Rostow am Don, 1984. Abbildung: Stadtarchiv Dortmund

deutlich machen, an dem gleichzeitig nationalsozialistische Verbrechen und ein »normaler« polizeilicher Alltag existierten. Die neue Dauerausstellung wird dabei mehrere Schwerpunkte beleuchten. Erstens sollen die Gesellschaftsgeschichte von Terror und Verfolgung und die Rolle der Polizei im NS-Staat am Beispiel Dortmunds beleuchtet werden. Dabei wird den Bereichen soziale Devianz und Kriminalität besondere Aufmerksamkeit gegeben werden, um die polizeiliche Praxis gegenüber sozialen Außenseitern und Kriminellen zu thematisieren und dabei die Überschneidungen zur Verfolgung politischer Gegner und der rassistischen NS-Gesellschaftspolitik erkennbar zu machen. Und zuletzt wird mit einem lokalen und regionalen Fokus exemplarisch das polizeiliche Handeln und dessen gesellschaftliche Kontextualisierung in einem stark proletarisch und multikulturell geprägten Ballungsraum verdeutlicht werden.

Das Dortmunder Polizeigefängnis war stark mit seiner unmittelbaren Umgebung verknüpft. Ein Polizeigefängnis wie die Steinwache fungierte in der NS-Zeit zwar zum einen als erste Schnittstelle in die Terrorwelt der Konzentrationslager und weiterer Haftstätten. Zugleich blieb die Steinwache aber auch ein Ort, an dem NS-Verfolgte inhaftiert waren, die nach kurzer Haft und Gewalterfahrung wieder entlassen wurden. Und ein Ort, in dem auch Bürger einsaßen, die aus nicht politisierten Gründen mit der Polizei in Konflikt geraten waren.

Im Gegensatz zu vielen anderen nationalsozialistischen Terrororten lag das Polizeigefängnis Steinwache nicht abgeschieden, sondern mitten im größten Ballungsraum des Deutschen Reiches. Das Geschehen in der Steinwache macht exemplarisch Aspekte der spezifischen Ausprägungen des Nationalsozialismus in einer stark proletarisch und transkulturell geprägten Großstadt deutlich. Gerade für die ersten Jahre der NS-Herrschaft liegt ein wichtiger Aspekt der neuen Dauerausstellung im politischen Widerstand aus der Arbeiterschaft, ein Thema, das in vielen Gedenkstätten in den letzten Jahren in den Hintergrund gerückt ist.

Die NS-Forschung hat sich seit der Jahrtausendwende stark der Frage nach der gesellschaftlichen Teilhabe an der nationalsozialistischen Politik gewidmet. Wie sich die Frage nach der das NS-Regime tragenden Mehrheitsgesellschaft mit dem Terrorsystem der Nationalsozialisten verbinden lässt, ist allerdings noch weitgehend ungeklärt. Das ehemalige Polizeigefängnis Steinwache, als Schnittstelle zwischen dem reichsweiten Terrorsystem und dem Stadtraum Dortmunds, bietet hier die Möglichkeit, unter Berücksichtigung der gesamten Bandbreite polizeilichen Handelns und für die Dauer der NS-Herrschaft eine exemplarische Gesellschaftsgeschichte von Terror und Verfolgung zu zeichnen.

Dazu ist es unumgänglich, das polizeiliche Handeln in Dortmund und das damit verbundene Geschehen in der Steinwache in den Mittelpunkt der Betrachtungen zu stellen. Dabei müssen zwei Leitlinien in den Fokus genommen werden, um ein besseres Verständnis der nationalsozialistischen Vergangenheit zu erreichen.

Zunächst einmal muss ein umfassender Blick auf die zwischen 1933 und 1945 im Polizeigefängnis Steinwache inhaftierten Personen geworfen werden. Neben den bisher schon berücksichtigten Häftlingen der Gestapo soll künftig die Gleichzeitigkeit der Inhaftierung unterschiedlicher Häftlingsgruppen deutlich gemacht werden. Es soll danach gefragt werden, welche Personen aus welchen Gründen, zu welchen Zeitpunkten und in welchen Kontexten hier inhaftiert wurden. Wie wurden sie in der Steinwache behandelt und wurden sie aus dem Polizeigefängnis entlassen oder in



Aktuelle Situation der Steinwache. Foto: Stadtarchiv Dortmund

andere Haftanstalten und Konzentrationslager überstellt? Wann stellten welche Häftlingsgruppen die Mehrheit? Damit wird die Funktion der polizeilichen Arbeit im Sinne des NS-Staates deutlich, der im Laufe der Zeit auch einem Wandel unterworfen war. Auch bei den klassischen Aufgaben der Polizei, wie die Aufrechterhaltung öffentlicher Sicherheit und Ordnung, die peu à peu von nationalsozialistischen Gesellschaftsvorstellungen durchdrungen wurden. Deshalb ist das immer noch weit verbreitete Bild von Gestapo und SS als alleinigem Akteur nationalsozialistischer Verfolgung im Reich nicht zu halten. Denn die anderen Gliederungen der Polizei wurden, auch wenn sie vordergründig ihre traditionelle polizeiliche Arbeit fortführten, im konkreten Handeln nach der NS-Ideologie ausgerichtet. So entsteht ein vollständiges und differenziertes Bild der Polizeiarbeit im Nationalsozialismus in einem exemplarischen Stadtraum. Dies zu beschreiben ist nur möglich, da die Haftbücher der Steinwache, in denen nahezu sämtliche Häftlingsein- und -abgänge verzeichnet sind, im Landesarchiv NRW, Abteilung Westfalen, nahezu vollständig erhalten sind. Anhand dieser Quelle ist es möglich, für Dortmund über die gesamte Dauer der NS-Herrschaft ein umfassendes Register polizeilicher Festnahmen zu erstellen. Zu diesem Zweck wurden die Haftbücher in eine Datenbank übertragen. Damit sind die dort enthaltenen persönlichen Angaben, die über den Haftgrund und die über das weitere Schicksal der Häftlinge, statistisch auswertbar. Auch lassen sich dadurch die soziale Zusammensetzung der Häftlinge und deren Wandel deutlicher als je zuvor festmachen.

Eine zweite Leitlinie soll ihren Blick auf die Steinwache als zentrale Schnittstelle zwischen dem lokalen Stadtraum und dem reichsweiten Terrorsystem werfen. Für viele Häftlinge war die Steinwache nur die erste Station eines langen Leidenswegs durch unterschiedliche Haftorte im gesamten nationalsozialistischen Herrschaftsbereich. Dadurch werden die räumlichen Zusammenhänge zwischen den »Orten des Terrors«, wie etwa den Konzentrationslagern Sachsenhausen, Dachau und Buchenwald und dem weit entfernten lokalen Stadtraum Dortmund aufgezeigt. Dies veranschaulicht

die unmittelbare Nähe nationalsozialistischer Verfolgung zum heutigen Wohn- und Lebensbereich und beugt dem weitverbreiteten Eindruck vor, die Verfolgung durch die Nationalsozialisten sei jenseits des eigenen Lebensumfeldes, insbesondere in heute polnischen und belarussischen Gebieten, geschehen. An Hand ausgewählter Fälle aus Dortmund lassen sich die über die Steinwache führenden Wege unterschiedlicher Verfolgengruppen in die Zentren des NS-Terrors nachzeichnen. Neben den Haftbüchern sind hier die Sammlung der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, die Justizbestände des Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Westfalen, die ebenfalls dort befindlichen Bestände der Wiedergutmachungsämter und die Häftlingsakten in den jeweiligen KZ-Gedenkstätten wichtige Quellen. Durch die in diesen Akten als Briefe oder Eingaben in großer Zahl überlieferten Selbstzeugnisse der Häftlinge wird es möglich, die Perspektive einzelner Häftlinge einzunehmen. Sie ermöglichen uns, das Schicksal einzelner Personen durch das nationalsozialistische Terrorsystem zu verfolgen.

Dargestellt werden soll dieses anhand einer Vielzahl von Einzelfallakten, die das jeweilige spezifische Handeln der Polizeibeamten, anderer Behördenmitarbeiter, Nachbarn, Arbeitskollegen und der restlichen Bevölkerung dokumentieren.

Die Kombination dieser drei Leitlinien eröffnet einen mehrdimensionalen Zugang zur Geschichte des Polizeigefängnisses Steinwache. Damit soll ein umfassendes Verständnis des historischen Orts und des nationalsozialistischen Verfolgungssystems und seine gesellschaftliche Einbindung im Stadtraum Dortmund vermittelt werden. Dies hilft zugleich, gegenwärtige Formen staatlicher Eingriffe, aber auch das eigene individuelle Verhalten zu reflektieren.

4 Zum Fortgang der Arbeiten

Auf Grundlage der oben dargestellten neuen Ausstellungskonzeption wurden 2014 Förderanträge bei der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe und bei der Landeszentrale für politische Bildung NRW gestellt, die alle 2015 bewilligt wurden. Nachdem die Bewilligungsbescheide der Drittmittelgeber vorlagen, fällte am 1. Oktober desselben Jahres der Rat der Stadt Dortmund den Ausführungsbeschluss für die Modernisierung der Dauerausstellung. Daraufhin konnte das Ausstellungsteam, bestehend aus Markus Günnewig und dem Verfasser, seit dem 1. Januar 2016 durch die beiden Historiker Carmen Hause und Stefan Klemp verstärkt werden. Sie führen seitdem die Recherchen im Landesarchiv NRW, Abteilung Westfalen, in Münster, wo die Akten der Dortmunder Polizei-, Justiz- und weiterer Behörden – der zentrale Quellenkorpus für die neue Ausstellung in der Steinwache – lagern, systematisch fort.

Ein erstes Ergebnis war der im September 2016 ausgeschriebene Gestaltungswettbewerb für die neue Ausstellung. Hierzu wurden sechs Büros eingeladen. Im Vorfeld mussten die bisherigen Ausstellungsplanungen im Detail konzeptionell konkretisiert und »Problemstellen« gefunden werden, deren Lösung Teil der Ausschreibungsaufgaben wurde. Darüber hinaus musste für die zu gestaltenden Räume Material gesammelt und zusammengestellt werden. Am 15. November 2016 fand sowohl die Ergebnispräsentation als auch eine Auswahl des durchführenden Gestaltungsbüros durch die Jury, bestehend aus Ausstellungsteam, wissenschaftlichem Beirat und städtischen Vertretern, statt. Sieger des Wettbewerbs wurde das Büro Demirag Architekten aus Stuttgart. Gemeinsam arbeiten das Ausstellungsteam und das Gestaltungsbüro derzeit intensiv

an einem Raumbuch und einem Vorentwurf der neuen Dauerausstellung. Zugleich werden mit den zuständigen Denkmalsbehörden Gespräche über mögliche bauliche Änderungen im Gebäude geführt.

Zudem werden zurzeit auch vorbereitende Arbeiten für eine bauliche Erweiterung der Steinwache durchgeführt. Diese war schon zu Beginn des Projekts vorgesehen. Leider erlaubte die damalige finanzielle Lage der Stadt Dortmund nicht, die Neukonzeption der Dauerausstellung und eine räumliche Erweiterung gemeinsam zu beschließen. Aufgrund der offensichtlichen Notwendigkeit wurden von der Stadt Dortmund dennoch eine Grundlagenermittlung für eine räumliche Erweiterung in Auftrag gegeben, entspricht doch das Gebäude der Gedenkstätte allein kaum den zeitgemäßen Anforderungen an einen Ausstellungs- und Gedenkort. So sollen mit einem Erweiterungsbau Räume für wechselnde Ausstellungen, wissenschaftliche Vorträge und Tagungen sowie vor allem die Durchführung von Seminaren, Projekttagen und weiteren pädagogischen Angeboten geschaffen werden. Für all das steht derzeit nur ein Multifunktionsraum zur Verfügung. Zudem soll damit erstmals ein wirklich barrierefreier Zugang in das historische Gefängnis ermöglicht werden.

Der Rat der Stadt Dortmund beschloss deshalb trotz angespannter Haushaltslage am 7. Juli 2016 weitere Mittel für die bauliche Erweiterung der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache bereitzustellen. Anschließend wurden bei potenziellen Mittelgebern Förderanträge eingereicht. Sobald diese bewilligt werden, wird ein Architekturwettbewerb für den neuen Anbau ausgeschrieben.

Dr. Stefan Mühlhofer ist Direktor des Stadtarchivs Dortmund.

- 1 Vgl. dazu die Bauakten: StadtA Dortmund, Bestand 163/01 (Steinstraße 50+50a).
- 2 »Ein Besuch im Dortmunder Polizeigefängnis«, in: General-Anzeiger für Dortmund vom 8. April 1931.
- 3 Vgl. LAV NRW, Abteilung Westfalen, Q 223, Nr. 1293-1303 (Schepmann-Prozess).
- 4 Vgl. dazu auch den Bericht in der niederländischen Druckschrift von 1936 über Verhörmethoden in der Steinwache. In: N. Padt, *Recht en wet in Duisland. Het proces tegen 800 soc.-democraten in het roergebied*, Amsterdam o. J. (1936), S. 9.
- 5 Günther Högl (Hg.), *Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945. Katalog zur ständigen Ausstellung des Stadtarchivs Dortmund in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache*, Dortmund 2002, S. 17.
- 6 LAV NRW, Abteilung Westfalen, B 206, Nr. 14635.
- 7 LAV NRW, Abteilung Westfalen, Polizeipräsidien, Sammlung Primavesi Nr. 105.
- 8 Högl, *Widerstand* (wie Anm. 10), S. 17f.
- 9 Ernst Söder, *Dein Leben ist mehr als Arbeit. Von den Anfängen bis ins Jahr 2000. Mehr als 50 Jahre Gewerkschaftsjugend in Dortmund*, Essen 2001, S. 148–150.
- 10 Kurt Klotzbach, *Gegen den Nationalsozialismus – Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930–1945. Eine historisch-politische Studie*, Hannover 1969.
- 11 Ulrich Knipping, *Die Geschichte der Juden in Dortmund während der Zeit des Dritten Reiches*, Dortmund 1977.
- 12 Rolf Fischer, *Verfolgung und Vernichtung. Die Dortmunder Opfer der Shoah*, Essen 2015.

Geschichtsarbeit im Dienste des Demokratie-Erhalts?

DAS PROJEKT LERNORT KISLAU

Andrea Hoffend und Andreas Schulz

»... den rollenden Schneeball zertreten«: Der Impuls zur Gründung unseres Vereins

»Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist. Man muss den rollenden Schneeball zertreten, die Lawine hält keiner mehr auf.«¹ Dies ist die Lehre, die Erich Kästner einst aus der Erfahrung mit der NS-Diktatur gezogen hat. Die Bekämpfung einer drohenden Diktatur stellte sich für den Schriftsteller damit letztlich als eine »Angelegenheit des Terminkalenders, nicht des Heroismus«² dar.

Damit ist ein zentrales Motiv benannt, das uns und zahlreiche Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu Jahresbeginn 2012 bewog, einen Verein zur Erforschung und Vermittlung der badischen Landesgeschichte der Jahre 1918 bis 1945 zu gründen. Wenn aus der NS-Geschichte etwas gelernt werden könne und müsse – so unser aller Überzeugung –, dann sei es vor allem die Tatsache, dass Hass und Gewalt beizeiten im solidarischen Miteinander aller Demokratinnen und Demokraten begegnet werden muss.

Demgemäß ging und geht es uns darum, »die ganze Geschichte« einer Entwicklung zu erzählen, die schließlich in einem Weltenbrand mit zig Millionen Toten endete. Statt den Fokus vorrangig oder gar ausschließlich auf die Regimephase des Nationalsozialismus zu legen, müssten gleichermaßen auch dessen Bewegungsphase sowie die Umstände in den Blick genommen werden, unter denen die Braunhemden erstarken und schließlich an die Macht gelangen konnten.

In diesem Zusammenhang – so unsere weitere Überlegung – gelte es auch und vor allem den oft vergessenen frühen Gegnern der Nationalsozialisten und ihrer Verbündeten Beachtung zu schenken: jenen Menschen also, die die Gefahren beizeiten erkannten, hartnäckig vor einer Preisgabe der Demokratie warnten und schon lange vor 1933 aktiv gegen den Aufstieg des Nationalsozialismus ankämpften. Sie, die deshalb nach der NS-»Machtergreifung« zu den ersten Verfolgungs-, Folter- und Mordopfern von SA, SS und Gestapo gehörten, werden heute, wenn überhaupt, dann meist eben genau als wehrlose Opfer statt als aktiv handelnde, weitsichtige Menschen erinnert. Aus dieser Rolle wollten wir sie quasi postum befreien. Und wir wollten darüber hinaus natürlich auch der Frage nachgehen, warum sie letztlich zu wenige waren, als dass sie den Gang in die Diktatur hätten aufhalten können.

Der demokratische Abwehrkampf zu Zeiten der Weimarer Republik sowie die in den ersten Jahren nach der NS-»Machtergreifung« im Inland oder vom Exil aus unternommenen Versuche, dem in Windeseile errichteten Terrorregime etwas entgegenzusetzen, der Rettungswiderstand vor wie im Krieg – all dies also sollte in unserer Forschungs- und Vermittlungsarbeit ebenso Beachtung finden wie die späten Versuche, das NS-Regime durch Aufklärung oder Tyrannenmord zu stürzen.

Wenn auch aus etwas anderer Perspektive, so kamen wir letztlich doch zu ähnlichen Ergebnissen wie die Soziologen Dana Giesecke und Harald Welzer: In ihrem just im Gründungsjahr unseres Vereins vorgelegten Plädoyer für eine »Renovierung der deutschen Erinnerungskultur« warnten auch sie davor, den Nationalsozialismus

»vom Ergebnis, also von der millionenfachen Vernichtung her, verstehen und erklären zu wollen«. Das Grauen, das der Nationalsozialismus erzeugt habe, müsse »auf diese Weise opak und erratisch erscheinen, denn die industrielle Produktion von Leichen« sei »als factum brutum notwendigerweise völlig unerklärlich«, und deshalb genüge »das Geschehen an sich nicht zum Mitfühlen und Mitdenken«. ³ Dass das heutige Erinnerungswesen in Deutschland »vor allem den Schrecken« erinnere, »nicht aber diejenigen, die etwas getan haben, um ihn zu verhindern oder wenigstens abzumildern«, sei demgemäß schlichtweg unverständlich. ⁴

Ein Lernort für den badischen Landesteil: Das Kernvorhaben unseres Vereins

Bereits in der Gründungsphase des Vereins entstand die Idee, einen historischen Lernort zu schaffen, an dem die badische Landesgeschichte der Weimarer Republik und der NS-Zeit in all den hier skizzierten Facetten Würdigung erfahren solle. Am historischen Exempel gelte es herauszuarbeiten, was einen demokratischen Rechtsstaat ausmacht, warum er für ein solidarisches Miteinander unverzichtbar ist, wie man seine Bedrohungen frühzeitig erkennt und wie man ihnen couragiert entgegentritt. Dieses Angebot – so der Plan – solle sich dezidiert an Alte wie Junge, an »Geschichtsfreaks« wie »Normalos« richten. Hauptzielgruppe allerdings sollten Schülerinnen und Schüler sein.

Dass räumliche Nähe auch und gerade mit Blick auf die NS- und speziell auf die Widerstandsgeschichte ein »wertvolles Vermittlungsprinzip« ⁵ ist, wird niemand ernsthaft bestreiten wollen. In diesem Sinne sollte dem Lernort-Projekt nicht zuletzt auch die Aufgabe zukommen, eine geografische Lücke in der außerschulischen Bildungslandschaft des Landes Baden-Württemberg zu schließen.

Im württembergischen Landesteil nämlich finden sich gleich mehrere Lernorte, die sich dem Thema »Nationalsozialismus« in landeshistorischer Dimension nähern: Mit dem Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg in Ulm und der Gedenkstätte Grafeneck bei Gomadingen erfahren zwei vereinsförmige Einrichtungen, die das Verfolgungs- und Terrorsystem der NS-Zeit zum Gegenstand haben, eine institutionelle Förderung durch das Land. Hinzu gesellen sich einige Angebote, die vom baden-württembergischen Haus der Geschichte in Stuttgart betreut werden – allen voran die ebenfalls in der Landeshauptstadt beheimatete Stauffenberg-Erinnerungsstätte sowie demnächst der in deren unmittelbarer Nähe entstehende Geschichtsort in der ehemaligen württembergischen Gestapo-Zentrale »Hotel Silber«. Im und für den badischen Landesteil hingegen fehlt bisher ein professionelles Angebot zum Thema.

Bildungsarbeit an historischer Stätte leisten: Das Projekt Lernort Kislau

Ein geeigneter geografischer Anknüpfungspunkt für einen Lernort zur badischen Landesgeschichte in Weimarer Republik und NS-Zeit war rasch gefunden: Als Haftort Hunderter früherer Nazi-Gegner während der ersten sechs Jahre der NS-Diktatur steht das Konzentrationslager Kislau wie kein anderer Ort in der regionalen Perspektive des ehemaligen Landes Baden für die Themenkomplexe »Abwehrkampf«, »Widerstand« und »Verfolgung« zugleich. Errichtet im April 1933 auf dem Areal eines südlich von Heidelberg gelegenen früheren Bischofsschlosses, bestand das KZ Kislau ganze sechs Jahre lang – länger als alle anderen frühen Lager im deutschen Südwesten.

Bei den »Schutzhäftlingen«, die ohne rechtliche Grundlage nach Kislau oder in das zeitgleich errichtete KZ Ankenbuck bei Donaueschingen verschleppt wurden, handelte

Der ehemalige badische Staatspräsident und Landesinnenminister Adam Remmele, der ehemalige Staatsrat Ludwig Marum sowie fünf weitere Sozialdemokraten am 16. Mai 1933 bei der Ankunft im Konzentrationslager Kislau.
Foto: Stadtarchiv Karlsruhe, Nachlass Sammet, Nr. 12



es sich zunächst fast ausschließlich um erklärte politische Gegner der Nationalsozialisten: Kommunisten, Sozialdemokraten, Freigewerkschafter und Reichsbanner-Männer aus Baden sowie – in Kislau – zum Teil aus der bayerischen Pfalz. Später wurden auch Zeugen Jehovas, couragierte Pfarrer und viele andere Menschen, die sich dem NS-System nicht beugen wollten, in Kislau festgehalten.

Kislau und Ankenbuck gehörten zu den wenigen frühen Lagern des NS-Regimes, die nicht von der SA, der SS oder der Gestapo befehligt wurden, sondern der Landesverwaltung unterstellt waren und es auch blieben – so in diesem Fall der des badischen Innenministeriums. Wie in den anderen frühen Lagern wollte man freilich auch dort die Häftlinge demütigen, ausbeuten und politisch neutralisieren.

Mit der Auflösung des KZ Ankenbuck im März 1934 fiel Kislau die Rolle des einzigen Konzentrationslagers in Baden zu. Zeitweise waren dort mehr als 170 Männer gleichzeitig in zwei Schlafsälen zusammengepfercht. Erst im Frühjahr 1939 wurde das KZ Kislau als – sieht man vom Sonderfall Dachau ab – reichsweit letztes der frühen Lager aufgelöst. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten dort mindestens 700 »Schutzhäftlinge« um ihre Freiheit und um ihr Leben gebangt, und Dutzende waren von Kislau weiter nach Dachau, Buchenwald oder Mauthausen »verschubt« worden.

Wie schon vor 1933 beherbergte die Kislauer Schlossanlage darüber hinaus auch während der NS-Zeit eine Landesarbeitsanstalt. In sie wurden Menschen eingewiesen, die man als »asozial« abgestempelt hatte. Seit 1934 fungierte der Schlosskomplex zudem als Durchgangslager für zurückkehrende ehemalige Fremdenlegionäre. Bevor sie nach Hause weiterreisen durften, mussten sie sich hier einer ideologischen »Schulung« unterwerfen. Nach der Auflösung des Konzentrationslagers diente Kislau des Weiteren als Strafgefängnis für politische Häftlinge.⁶

Die geografische Lage von Kislau kommt dem Vorhaben, dort einen Lernort für den badischen Landesteil zu errichten, sehr entgegen: Die Schlossanlage findet sich in unmittelbarer Nähe der Bahnstation Bad Schönborn – Kronau und damit zugleich an der Nahtstelle zwischen den beiden größten badischen Ballungsräumen. Sowohl



Insassen des Landes-
arbeitsanstalt Kislau
um 1939 südlich der
Schlossanlage beim
Unkrautjäten.
Foto: Generallandes-
archiv Karlsruhe

von Heidelberg als auch von Karlsruhe aus ist sie in kürzester Zeit erreichbar. Das historische Kislauer Gebäudeensemble selbst steht für unsere Zwecke leider nicht zur Verfügung: Es dient heute als Außenstelle der Justizvollzugsanstalt Bruchsal. Deshalb hat das Land Baden-Württemberg ein Grundstück vor den Toren der Schlossanlage bereitgestellt, auf dem der künftige Lernort mit direkter Sichtachse zum authentischen Ort entstehen soll. Des Weiteren hat der Landtag mit den Stimmen von Grünen, CDU, SPD und FDP in seinem Doppelhaushalt 2015/2016 sowie nun auch in seinem Haushalt für das Jahr 2017 Mittel für ein Anschubprojekt zur Errichtung des Lernorts Kislau bereitgestellt. Auf dieser Grundlage konnte die Arbeit unseres Vereins wesentlich intensiviert und vor allem professionalisiert werden:

Seit dem Frühjahr 2015 ist ein kleines hauptamtliches Projekt-Team damit befasst, die Errichtung des Lernorts Kislau inhaltlich wie organisatorisch vorzubereiten. In einer ersten Projektphase wurde die historische und ausstellungstheoretische Forschungs- und Materiallage gesichtet. Im selben Zuge wurden innovative historische Lernorte in ganz Deutschland aufgesucht. Auf der Basis der so gewonnenen Eindrücke und Erkenntnisse hat das Team ein detailliertes Ausstellungs-, Vermittlungs- und Raumkonzept entwickelt.

Parallel zu alledem wurden eine Projekt-Mediathek aufgebaut und erste Originalobjekte sowie ein kleiner, aber umso interessanterer Nachlass mit wertvollen Originaltexten erworben. Im Benehmen mit den Verantwortlichen der Justizvollzugsanstalt wurde darüber hinaus das künftige Baugelände arrondiert und vermessen. Nachdem die Bauvoranfrage Ende 2015 den Bad Schönborner Gemeinderat passiert hatte, schrieben wir schließlich einen begrenzt offenen Realisierungswettbewerb für das zu errichtende Gebäude aus, der im Juli 2016 mit bestem Resultat abgeschlossen werden konnte: Nach dem einhelligen Urteil aller Jurymitglieder bietet vor allem der erstplatzierte Entwurf eine exzellente Grundlage für alle weiteren Planungen wie auch für die Mittelakquise. Dass er – wie sich am Ende des anonymisierten Verfahrens herausstellte – von einem Karlsruher Büro stammt, kann bei der Umsetzung des Vorhabens nur von Vorteil sein.

Im Rahmen einer im November 2016 von unserem Verein im Generallandesarchiv Karlsruhe ausgerichteten Fachtagung zu Herausforderungen und Chancen außerschulischen Lernens über den NS konnten wir darüber hinaus unser Netzwerk stark erweitern und Vertreterinnen und Vertreter von Geschichtseinrichtungen aus Baden-Württemberg sowie aus anderen Teilen Deutschlands und aus der Schweiz in einen fruchtbaren Dialog miteinander bringen. Die Aktivitäten des Projekt-Teams und der ehrenamtlich tätigen Vereinsmitglieder wurden von einer intensiven Werbe- und Öffentlichkeitsarbeit flankiert.

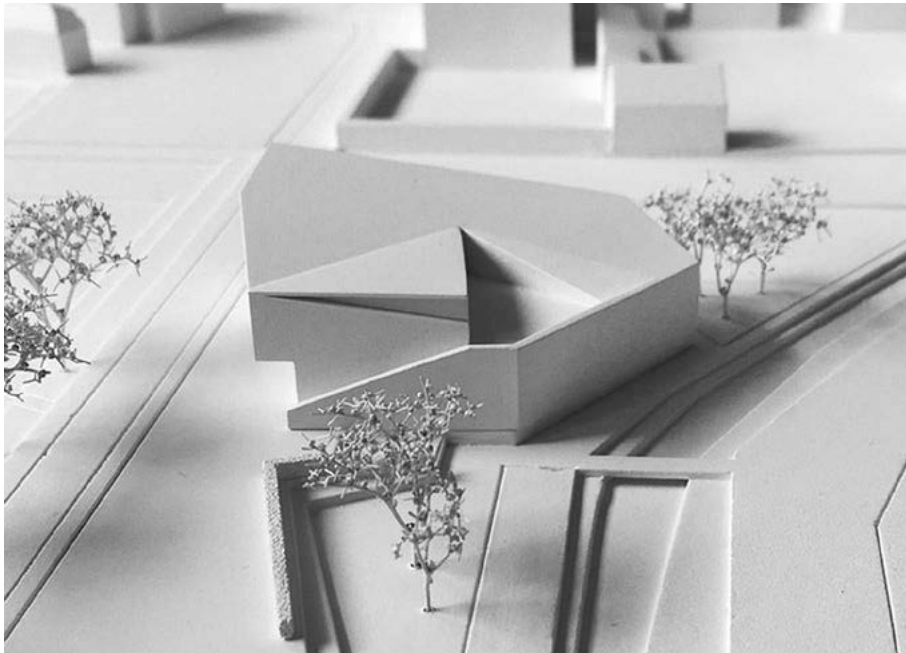
Im Jahr 2017 steht vor allem die Schaffung einer nachhaltigen Finanzierungsbasis für den Lernort Kislau auf der Agenda des Projekt-Teams wie des gesamten Vereins. Im Zuge einer klaren Akquise- und Fundraising-Strategie gilt es die Mittel für den Neubau und für dessen Innenausstattung einzuwerben. Ebenso gilt es eine nachhaltige institutionelle Förderung ab dem Jahreswechsel 2017/18 in Form einer Mischfinanzierung durch das Land einerseits sowie durch die im künftigen Einzugsgebiet des Lernorts liegenden Gebietskörperschaften andererseits sicherzustellen. Als Referenzeinrichtungen können in diesem Zusammenhang die Gedenkstätten in Ulm und Grafeneck dienen.

Darüber hinaus muss das Ausstellungs- und Vermittlungskonzept für den Lernort Kislau überdacht und weiterentwickelt werden. Dies soll im engen Austausch mit dem noch zu findenden künftigen Ausstellungsbüro sowie mit Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher Schularten geschehen, die wir für ein »Jugend-Experten-Team« gewinnen konnten. Auch in die Entwicklung von Arbeitsmaterialien für den Schulunterricht sollen unsere »Jugend-Experten« einbezogen werden. Gleichzeitig gilt es einen interdisziplinär zu besetzenden wissenschaftlichen Beirat zu gründen und so eine Evaluation nach fachlichen Standards sicherzustellen.

Der Vielfalt begegnen: Anforderungen an das Lernort-Konzept und Lösungsversuche

Wie alle anderen, die sich heutzutage an die Konzeption eines historischen Lernorts machen, standen auch wir bei der Erarbeitung unseres vorläufigen Ausstellungs- und Vermittlungskonzepts vor einer vielschichtigen Aufgabenstellung: Das Darzubietende soll die Besucherinnen und Besucher weder mit Informationen erschlagen noch durch Vereinfachung entmündigen.⁷ Es soll ihnen eine multimediale Reizüberflutung ersparen, erweiterte technische Möglichkeiten und veränderte Rezeptionsgewohnheiten freilich auch nicht völlig außer Acht lassen.⁸ Es soll die Menschen nicht in eine passive Rolle drängen, sondern ihnen die Möglichkeit bieten, sich Inhalte selbst zu erschließen und dabei eigene Schwerpunkte zu setzen.⁹ All dessen eingedenk ist es umso unabdingbarer, Ausstellungs- und Vermittlungskonzept »als gleichursprünglich zu denken«¹⁰

Über all diese grundsätzlichen Anforderungen an einen außerschulischen Lernort hinaus stellen uns nicht zuletzt auch die oftmals heterogenen Vorprägungen jener Gruppe von Besucherinnen und Besuchern vor neue Herausforderungen, die wir bei unseren Bemühungen vorrangig im Blick haben: Jugendliche und junge Erwachsene. Eine familiär bedingte emotionale Beziehung zum Thema »Nationalsozialismus« ist bei der überwältigenden Mehrheit der heutigen Schülerinnen und Schüler nicht mehr zu erwarten, denn schon ihre Großeltern gehören in der Regel bereits der ersten Nachkriegsgeneration an.¹¹ Die Situationen, in denen Erwachsene mit Jugendlichen in einen direkten Diskurs über dieses Thema treten, beschränken sich daher vielfach auf den schulischen Kontext beziehungsweise, da Zeitzeugenbesuche in Schulklassen immer



Der Siegerentwurf des Realisierungswettbewerbs »Lernort Kislau«, eingereicht von dem Karlsruher Büro Rossmann + Partner Architekten. Foto: Lernort Zivilcourage Et Widerstand e.V.

seltener werden, auf den Unterricht durch die Fachlehrkräfte. Dies ist freilich nicht das einzige und vielleicht noch nicht einmal das markanteste »Alleinstellungsmerkmal« der heutigen jungen Generation: Anders als seinerzeit ihre Eltern sind Jugendliche und junge Erwachsene heute zahlreichen medialen Verfremdungen des Themas »Nationalsozialismus« ausgesetzt.¹² Die Inhalte von Spielfilmen wie »Inglorious Basterds« oder »Er ist wieder da« etwa wirken oft – begünstigt durch ihre permanente Verfügbarkeit im Internet – ohne jegliche Kontextualisierung auf die Konsumierenden ein und prägen das Bild, das diese sich vom Nationalsozialismus machen, maßgeblich mit. Ähnlich üben auch Computerspiele »historischen« Inhalts Einfluss auf die Geschichtsbilder junger Menschen aus: Indem die Gamerinnen und Gamer direkt in die Handlungen der – meist kriegerischen – Spiele eingreifen können, erschaffen sie sich eine eigene pseudohistorische Realität fernab geschichtlicher Fakten.¹³ Auch jenseits dieser häufig exzessiv betriebenen Freizeitbeschäftigung lenkt die Digitalisierung nahezu aller Lebensbereiche das Rezeptions- und Lernverhalten junger Menschen zunehmend in Richtung einer visuellen Wahrnehmung.¹⁴

Angesichts des Skizzierten stellt sich unser vorläufiges Gestaltungskonzept für den Lernort Kislau als ein Versuch dar, eine zeitgemäße Form der Geschichtsvermittlung mit einem intensiven Wertedialog zu verknüpfen. Nicht nur junge Menschen, die den Lernort im Rahmen eines Gruppenangebots aufsuchen, sondern auch Individualbesucherinnen und -besucher möchten wir dazu anregen, über demokratische Grundwerte und ihre eigene Haltung zu diesen Grundwerten nachzudenken. Schon bevor sie sich mit dem historischen Gegenstand befassen, sollen sie deshalb gefordert sein, zu Wertefragen Position zu beziehen.

Im eigentlichen historischen Ausstellungsbereich soll es nicht zuletzt auch darum gehen, Geschichten zu erzählen und Spannung zu erzeugen.¹⁵ Durch eine gezielte Mischung aus Raum- und Medieninstallationen soll ein atmosphärisch dichtes Bild

der Jahre 1918 bis 1945 entstehen, das dennoch ab und an bewusst durch mediale Verfremdungen und Bezüge auf aktuelle Entwicklungen durchbrochen wird. Auch der viel beschworenen »Faszination des Biografischen«¹⁶ suchen wir in hohem Maße Rechnung zu tragen, indem wir einige ausgewählte historische Persönlichkeiten immer wieder in verschiedensten Kontexten präsentieren.

Gruppenangebote für Schulklassen und andere Jugendgruppen haben wir mit dem erklärten Ziel konzipiert, die Jugendlichen »als Akteure aktiver Erinnerung in die Lage zu versetzen, sich in der lebendigen und lebensnahen Beschäftigung mit Geschichte zu üben«¹⁷. Dies freilich kann nur gewährleistet werden, wenn wir auf ihre je unterschiedlichen Befindlichkeiten, Einstellungen und Vorkenntnisse eingehen können. Deshalb möchten wir jeder Gruppe ein Tandem aus je einem Vermittler und einer Vermittlerin zur Seite stellen. Beide müssen nicht nur inhaltlich gut geschult sein, sondern auch über das nötige Einfühlungsvermögen und ein hohes Maß an Flexibilität verfügen.

Gleich zu Beginn ihres Besuchs am Lernort Kislau möchten wir den jungen Menschen Zeit und Raum geben, sich ihrer eigenen Werte bewusst zu werden und miteinander darüber ins Gespräch zu kommen, bevor sie sich in Kleingruppen auf eine biografisch akzentuierte Spurensuche in der Landeshistorie begeben. Dabei soll wohlgehemmt weniger ein Sammeln und Notieren von Fakten als vor allem ein aktives Nachspüren und ein wortwörtliches »Erfassen« im Vordergrund stehen. Abschließend sollen die Jugendlichen – moderiert von den beiden Vermittlern – die je unterschiedlichen Ergebnisse ihrer Geschichtserkundungen zusammentragen und zur eingangsgeführten Wertediskussion in Bezug setzen.

Sind wir mit diesem Ansatz und mit unserem unten noch näher zu beschreibenden Gestaltungskonzept tatsächlich auf dem richtigen Weg? Diese Frage können uns nur Menschen beantworten, die unser Angebot später erreichen soll: Schülerinnen und Schüler. Deshalb möchten wir Vertreterinnen und Vertreter der nachwachsenden Generation eng an der weiteren Erarbeitung und Verfeinerung des Ausstellungs- und Vermittlungskonzepts beteiligen. Dem Jugend-Experten-Team, das sich zu diesem Zweck gerade im Schoße unseres Vereins konstituiert, gehören Jugendliche und junge Erwachsene aus unterschiedlichen Schularten an. Zusammen mit den Mitgliedern des LZW-Projekt-Teams werden sie das Konzept für den Lernort Kislau kritisch überarbeiten und konkretisieren. Darüber hinaus werden sie mittelfristig auch Arbeitsmaterialien und themenbezogene Einzelprojekte mit Schulklassen mitkonzipieren und mitgestalten.

Werte – Geschichte – Wertegeschichte: Das Konzept für den Lernort Kislau

Am vorläufigen Ende unserer Überlegungen, wie ein idealer Lernort Kislau aussehen könne, stand ein integriertes Gestaltungskonzept¹⁸, das einer dialektischen Grundstruktur folgt: Gleich eingangs möchten wir die Besucherinnen und Besucher zur Reflexion über Wertfragen anregen. Hernach sollen sie entlang eines multimedialen Parcours verschiedenste Aspekte der badischen Landesgeschichte der Jahre 1918 bis 1945 erkunden, um sodann abschließend die Ergebnisse der Geschichtserkundung mit den zu Beginn aufgeworfenen Wertfragen zusammenzuführen.

Der räumlichen Anordnung der je einzelnen Bereiche messen wir bei alledem eine zentrale Rolle bei. Die Tatsache, dass der Lernort Kislau nicht innerhalb des historischen Gebäudekomplexes Unterschlupf finden kann, sondern neu erbaut werden muss, birgt – so gesehen – zumindest einen großen Vorteil: Das Gebäude- und Raumkonzept lässt



Mögliche Szene aus dem Geschichtsparcours des künftigen Lernorts Kislau.
Zeichnung:
Katja Reichert

sich fast ganz und gar an den didaktischen Erfordernissen ausrichten. Im Folgenden versuchen wir, das Konzept in der gebotenen Kürze zu skizzieren:

Beim Betreten des Lernorts Kislau gelangen die Besucherinnen und Besucher in eine lichte Lobby. Dort erwarten sie Sitzmöbel, eine Video-Installation *Wertekanon* sowie ein auf dem Boden eingezeichnetes *Wertethermometer*. Sie sind eingeladen, darüber nachzudenken, was ihnen persönlich mit Blick auf das menschliche Zusammenleben persönlich wert und wichtig ist, und nach Wunsch in einer Video-Box selbst einen Beitrag für den *Wertekanon* zu generieren.

Eine *Zeitschleuse* bindet die Lobby thematisch und atmosphärisch an den historischen Bereich des Lernorts an. Durch sie gelangen die Besucherinnen und Besucher zurück ins Jahr 1918. Auf ihrer rund hundert Jahre umspannenden Zeitreise sehen sie sich mit jeweils zeittypischen Audio- und Bildeindrücken sowie mit *Leitfragen* konfrontiert, denen sie später wiederbegegnen werden.

Beim Verlassen der *Zeitschleuse* finden sich die Besucherinnen und Besucher am Beginn eines in hallenartiger Atmosphäre inszenierten *Geschichtsparcours* wieder. Entlang zwölf mehr oder weniger chronologisch angeordneter Themenfelder lässt sich in diesem Raum die badische Landesgeschichte der Jahre 1918 bis 1945 in beliebiger Kombination und Reihung durchmessen.

Jedem Themenfeld ist eine bestimmte allgemeingültige *Leitfrage* zugeordnet, mittels derer sich die historischen Ereignisse in Bezug zur eigenen Lebenswelt setzen lassen. Einige Themenfelder werden von größeren Rauminstallationen wie einem Wertelabyrinth, einem Scheideweg, einer begehbaren *Fluchtorte*-Karte oder einem Widerstandsnest dominiert, andere sind vor allem durch Audio-, Video- oder – teilweise interaktive – Medieninstallationen wie einen *Weimarer Wahl-O-Mat* geprägt. *Zeitfenster* unterstützen den Gegenwartstransfer. Vertiefungsebenen eröffnen interessierten Besucherinnen und Besuchern detailliertere Einblicke.

In einem *Forum*, das zentral in den *Geschichtsparcours* eingebettet ist, können die gewonnenen Eindrücke abschließend zusammengeführt und reflektiert werden. Plenar­förmig angeordnete Sitztreppen laden zum Verweilen ein. An und auf den Treppen­stufen finden sich Passagen aus der UN-Menschenrechtscharta, aus dem Grundgesetz sowie aus vielen anderen Texten, die sich um die Grundfragen »Freiheit«, »Gleichheit« und »Frieden« ranken und zum Nachdenken und Diskutieren einladen.

Schulklassen und andere Jugendgruppen werden in der Lobby von den Vermittlern begrüßt und über die Abläufe der kommenden Stunden informiert. Sodann sollen die Jugendlichen anhand des Wertethermometers ihrem bisherigen Wissen entspre­chend überlegen und diskutieren, was Begriffe wie »Demokratie« und »Rechtsstaat« für sie persönlich bedeuten und was ihnen im Zusammenleben mit anderen wichtig ist. Anschließend stellen die Vermittler ihnen sieben historische Persönlichkeiten vor, die von teils völlig unterschiedlichen Weltanschauungen ge­leitet wurden, aber eine Gemeinsamkeit hatten: Sie verteidigten Demokratie und Menschenrechte gegen die Nazi-Barbarei. Die Jugendlichen werden aufgefordert, sich in Teams von maximal je sechs Personen zusammenzufinden, die später im *Geschichtsparcours* den Spuren jeweils einer dieser *Leitfiguren* folgen sollen.

Nachdem sie die *Zeitschleuse* teamweise durchquert haben, machen sich die Jugend­lichen auf dem *Geschichtsparcours* auf die Suche nach Informationen über »ihre« *Leit­figuren*. Im ersten Themenfeld, das der Umbruchphase 1918/19 gewidmet ist, werden alle *Leitfiguren* vorgestellt. Danach tauchen sie in drei – individuell völlig unterschied­lichen – weiteren Themenfeldern auf. Alle Teams sammeln daher je verschiedene Ein­drücke und Erkenntnisse. Lediglich drei spezifische Stationen des *Geschichtsparcours*, an denen es sich mit der Frage nach den eigenen Standpunkten auseinanderzusetzen gilt, sind für alle Teams obligatorisch. An *Fundorten*, die in den Themenfeldern platziert sind, wählen die Teams Gegenstände aus, die ihrer Meinung nach zu dem im jeweiligen Themenfeld beschriebenen Handeln ihrer *Leitfigur* passen. Anhand dieser Wertsachen sollen die historischen Geschehnisse im Wortsinn begreifbar werden. Zugleich dienen sie als Gedächtnisstützen für die spätere Diskussion im *Forum*.

Von den Vermittlern moderiert, tragen die Teams anschließend im Forum die Ergeb­nisse ihrer Erkundungen zusammen und werten sie gemeinsam aus. Dabei rücken ihre eigenen Werte und Ziele genauso in den Blick wie die der *Leitfiguren*.

Generierung und Vernetzung von Wissen: Forschung und Dokumentation

Die Geschichte von Widerstand und Verfolgung in Baden ist bislang nur rudimentär erforscht. Auf eine Initiative unseres Vereins hin hat das baden-württembergische Wissenschaftsministerium zwei Promotionsstipendien bereitgestellt, mit denen sich ein Teil der Lücken schließen lässt. So konnte im Sommer 2016 ein an der Universität Freiburg angesiedeltes Promotionsprojekt zur Friedens- und Menschenrechtsbewegung in Baden während der Weimarer Republik begonnen werden. Im Herbst 2016 sodann ging ein weiteres, an der Universität Heidelberg betreutes Promotionsvorhaben zur »Schutzhafte« in Baden an den Start.

Manch andere Lücken müssen vorerst weiterhin offenbleiben. Auch deshalb gilt es dem Lernort Kislau ein Dokumentationszentrum anzuschließen, an dem künftig die gesamte Spannweite von Widerstand und Verfolgung im ehemaligen Land Baden dokumentiert und direkt mit der vor Ort zu leistenden Vermittlungsarbeit verknüpft

werden soll. Im Zusammenspiel mit dem Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg, das sich der Geschichte der württembergischen Konzentrationslager widmet, kann und soll so mittelfristig die Widerstands- und Verfolgungsgeschichte des gesamten deutschen Südwestens erforscht werden.

Online-Angebote: Geschichtsportal und »Motion Comics«

Unter der Domain www.lzw-portal.de ist am Jahresbeginn 2017 unser Geschichtsportal »Zivilcourage & Widerstand« online gegangen. Perspektivisch soll es die Vermittlungsarbeit am Lernort Kislau ergänzen, indem sich mittels der dort bereitgehaltenen Informationen ein Lernort-Besuch vor- oder nachbereiten lässt. Aber auch unabhängig davon wird das Portal schon bald viele interessante Informationen zu Ereignissen der Jahre 1918 bis 1945 in Baden wie im Reich, zu Nazi-Gegnern in und aus Baden, zu ihren Organisationen, zu den Orten ihres Wirkens sowie zu Orten der Verfolgung bereithalten. Eine interaktive Landkarte erleichtert das Auffinden von Ortseinträgen, ein Glossar mit knappen Begriffserklärungen rundet das Angebot ab. Bislang finden sich auf dem Portal rund 200 Einträge. Im Laufe des Jahres 2017 wird es nach und nach um weitere Texteinträge und weiteres Bildmaterial angereichert. Spätestens ab dem Schuljahresbeginn 2017/18 werden Schulklassen damit regulär arbeiten können.

Das Herzstück des Online-Geschichtsportals bilden animierte Bildergeschichten von jeweils rund vier Minuten Dauer, die wir selbst konzipieren und produzieren. Aus der Ich-Perspektive jeweils einer bekannten oder weniger bekannten Persönlichkeit beleuchten wir darin markante Ereignisse aus der badischen Landesgeschichte der Jahre 1918 bis 1945 in einer einfachen und verständlichen Bildsprache. Die ersten vier Motion Comics konnten wir mit Landesmitteln produzieren, einen fünften dank einer 5000-Euro-Spende. Nach Maßgabe der Mittelakquise sowie unserer zeitlichen Möglichkeiten möchten wir mittelfristig mindestens ein Dutzend weiterer Motion Comics realisieren. Auch dies ist aus unserer Sicht ein gutes Medium, um gerade auch jungen Menschen zu vermitteln, dass man Ausgrenzung und Gewalt beizeiten konsequent widerstehen muss, wenn eine Demokratie Bestand haben soll.

Dr. Andrea Hoffend leitet das Projekt Lernort Kislau. Als Zeithistorikerin und Politikwissenschaftlerin mit Schwerpunkten auf NS-, Arbeiterbewegungs- und Landesgeschichte war sie zuvor in Forschung und Lehre, im Archivwesen sowie im Kommunikationsmanagement tätig.

Andreas Schulz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt Lernort Kislau und Fachreferent für Jugendarbeit an Gedenkstätten bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Als Historiker hat er zu Schulen und Gedenkstätten sowie Digitalisierung gearbeitet.

Lernort Zivilcourage & Widerstand e.V.

Projekt Lernort Kislau

Ettlinger Straße 3a

76137 Karlsruhe

Telefon 0721 82101070

info@lzw-projekt.de

- 1 Erich Kästner 1958 in seiner Rede zum 25. Jahrestag des Beginns der Bücherverbrennungen, zit. nach ders.: Über das Verbrennen von Büchern. Zürich 2017, S. 13–26, hier S. 25.
- 2 Ebenda.
- 3 Dana Giesecke und Harald Welzer: Das Menschenmögliche. Zur Renovierung der deutschen Erinnerungskultur. Hamburg 2012, S. 8.
- 4 Ebenda, S. 54.
- 5 Klaus Kienesberger: Verweigerung verstehen. Praktische Überlegungen zur Vermittlung von Widerstandsgeschichte. In: Till Hilmar (Hg.): Ort, Subjekt, Verbrechen. Koordinaten historisch-politischer Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus. Wien 2010, S. 222–235, hier S. 234.
- 6 Vgl. zum Vorangehenden – Angela Borgstedt: Das nordbadische Kislau. Konzentrationslager, Arbeitshaus und Durchgangslager für Fremdenlegionäre. In: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Herrschaft und Gewalt. Frühe Konzentrationslager 1933–1939. Berlin 2002, S. 217–229; des Weiteren die im Generallandesarchiv Karlsruhe lagernden Verwaltungs- und Häftlingsakten des KZs Kislau sowie die im Staatsarchiv Freiburg lagernden Verwaltungsakten des KZs Ankenbuck.
- 7 Vgl. Daniel Tyradellis: Müde Museen. Oder: Wie Ausstellungen unser Denken verändern könnten. Hamburg 2014, S. 154.
- 8 Wie wichtig ein »mehrere Wahrnehmungsebenen umfassendes Erschließen von Lerninhalten« für eine höhere »Behaltensleistung« des Gehirns ist, verdeutlicht anhand der Hirnforschung u. a. Hildegard Amelin-Haffke: Nachhaltigkeit aus Sicht der Museumspsychologie: Was können Museen als Lern- und Bildungsorte leisten? In: Burckhard Dücker und Thomas Schmidt: Lernort Literatur-Museum. Beiträge zur kulturellen Bildung. Göttingen 2011, S. 72–87, hier S. 81.
- 9 Neben Tyradellis 2014 (Anm. 7) vgl. zum Gesamtkomplex etwa Sibylle Lichtensteiger u.a. (Hg.): Dramaturgie in der Ausstellung. Begriffe und Konzepte für die Praxis [Edition Museum, Bd. 8]. Bielefeld 2014, sowie Hartmut John und Anja Dauschek (Hg.): Museen neu denken. Perspektiven der Kulturvermittlung und Zielgruppenarbeit. Bielefeld 2008.
- 10 Tyradellis 2014 (Anm. 7), S. 82.
- 11 Zum hier zugrunde gelegten Generationenbegriff siehe v.a. Sabine Bode: Kriegsenkel. Die Erben der vergessenen Generation. Stuttgart 2009, S. 17.
- 12 Einen Überblick über die zunehmende Medialisierung der Shoah und deren Einfluss auf das Geschichtsbewusstsein bietet der Band von Gerhard Paul und Bernhard Schoßig (Hg.): Öffentliche Erinnerung und Medialisierung des Nationalsozialismus. Eine Bilanz der letzten dreißig Jahre [Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte, Bd. 10]. Göttingen 2010.
- 13 Zu Geschichtsbildern in Computerspielen und deren Fokussierung auf Weltkriegsgeschichte vgl. Steffen Bender: Virtuelles Erinnern. Kriege des 20. Jahrhunderts in Computerspielen. Bielefeld 2012.
- 14 Als Einführung in diesen Themenkomplex empfiehlt sich Catarina Katzer: Cyberpsychologie. Leben im Netz: Wie das Internet uns verändert. München 2016.
- 15 Vgl. Lichtensteiger u.a. 2014 (Anm. 9), hier v.a. S. 42–46; Hermann Kossmann: Narrative Räume. Der Werkzeugkasten der Szenografie, ebenda, S. 50–66; Hartmut John: Hülle mit Fülle. Museumskultur für alle – 2.0. In: ders./Dauschek 2008 (Anm. 9), S. 15–64, hier S. 24.
- 16 Vgl. bereits Christian Meier: Die Faszination des Biographischen. In: Frank Niess (Hg.): Interesse an Geschichte. Frankfurt a.M. – New York 1989, S. 100–111.
- 17 Matthias Heyl: Historisch-politische Bildung zur Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen im 21. Jahrhundert. In: Hilmar 2010 (Anm. 5), S. 23–53, hier S. 28.
- 18 Eine digitale Version findet sich unter: <http://bit.ly/2rnFkng>

Zwangsveraltet

DIE ADREMA-KARTEI VOM LAGER SEBALDUSHOF
BEI TREUENBRIETZEN IN BRANDENBERG

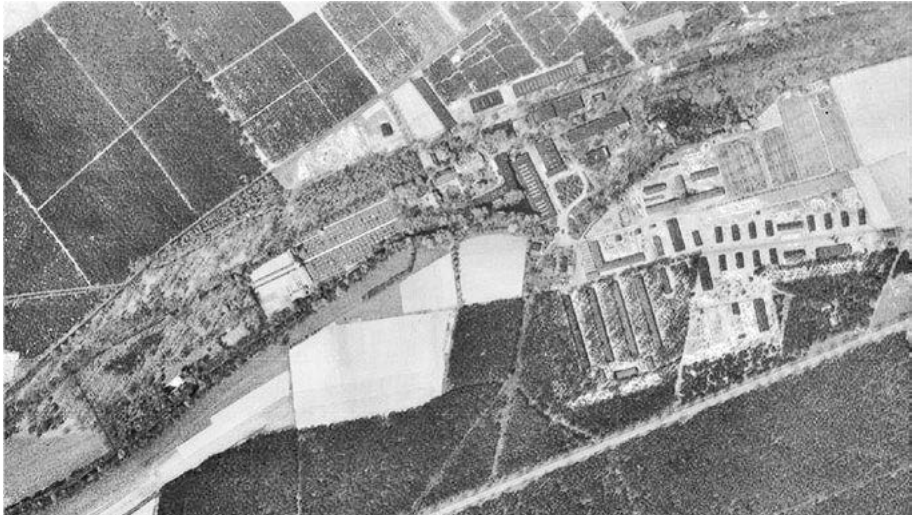
Thomas Kersting

Die Archäologische Denkmalpflege ist – genau wie in den ur- und frühgeschichtlichen Perioden – gerade auch für die Epoche der jüngeren Geschichte auf Hinweise interessierter Bürger angewiesen, fehlt doch eine systematische Erfassung von Bodendenkmälern dieser Zeit von historischer Seite. Der 2012 mit dem Brandenburgischen Denkmalpflegepreis ausgezeichnete Helmut Pöpke aus Treuenbrietzen, widmete sich in fast 30jähriger Beschäftigung diesem Thema am Beispiel des Sebaldushofes nördlich von Treuenbrietzen. Er wurde 1805 als Papierfabrik errichtet, Ende der 1920er-, Anfang der 1930er-Jahre aber entstand auch hier eine Munitionsfabrik, das sogenannte Werk A, in welchem von 1942 bis zur Befreiung am 21. 4. 1945 zahlreiche Zwangsarbeiter zur Arbeit gezwungen wurden. Sie waren in einem nahegelegenen Lager für Kriegsgefangene und aus dem KZ Sachsenhausen abgeordnete Insassen gefangen.

Als langjährigem Geschichtslehrer am Treuenbrietzen Gymnasium gelang es Helmut Pöpke in einer Geschichtswerkstatt mehrere Schülergenerationen für sein Thema zu begeistern. Die Recherchen zu den Orten und den dort gefangengehaltenen Menschen wurden durch Schüler schriftlich zusammengefasst und in mehreren Beiträgen 2003 zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten eingereicht. Am Ort des Lagers Sebaldushof wurde in Abstimmung mit der Forstbehörde ein Rundgang im Wald eingerichtet, Informationstafeln errichtet und eine kontinuierliche Pflege und Schutz der Bodendenkmalsubstanz sichergestellt. Eine besondere Dimension gewinnen diese Aktivitäten durch den Umstand, dass in den letzten Kriegstagen ganz in der Nähe bei Nichel 131 italienische Militärinternierte ermordet wurden, die auch im Sebaldushof arbeiten mussten. Durch das jährliche Gedenken an diese Opfer kam eine Städtepartnerschaft zwischen Treuenbrietzen und Chiaravalle bei Ancona, dem Heimatort eines der Überlebenden zustande.

Die vom Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege als Bodendenkmale geführten Zwangsarbeiter- oder Gefangenenlager-Standorte sind während der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus entstanden. Da das Terrorregime die Schaffung und Erhaltung von Beweismaterialien bewusst vermieden hat, liegt hier eine atypische Quellenlage vor, da nur wenige schriftliche Quellen, Pläne, Karten und Bildmaterial existieren. Wegen des zeitlichen Abstands ist auch das Versiegen mündlicher Quellen absehbar. Somit sind die im Boden erhaltenen Funde und Befunde ein unverzichtbares Zeugnis der Handlungen sowohl der Opfer als auch der Täter. Mit dem Bodendenkmal ist darüber hinaus ein außerordentlicher Anschauungs- und Demonstrationswert verknüpft. Dieser überragenden wissenschaftlichen, geschichtlichen und vor allem aber auch gesellschaftlichen Bedeutung war sich Helmut Pöpke bewusst, und er hat sich persönlich neben den Aktivitäten am Ort mehrfach an die zuständigen Denkmalschutzbehörden gewandt, und damit entscheidend dazu beigetragen, dass die genannte Anlage in die Denkmalliste des Landes Brandenburg eingetragen wurde. Dies alles geschah ohne einen »Spatenstich« oder archäologische Untersuchungen, lediglich ein Luftbild von 1945 zeigt noch die komplette Lagerbebauung, von der heute obertägig fast nichts

Luftbild 1945,
Foto: Sammlung
K. Blitz, Treuenbrietzen-
online.de



mehr vorhanden ist – nur das Digitale Geländemodell (DGM) lässt die Strukturen wie Werkshallen- und Barackenstandorte sowie Splitterschutzgräben deutlich erkennen.

Immerhin hatten die Schüler bei den Pflegeaktionen im Wald im Bereich der Lagerverwaltung knapp 100 kleine Metallplättchen mit Namen, Adressen, Geburts- und anderen Daten gefunden und auf eine Tafel montiert. Ihre Anzahl konnte bei Begehungen in den letzten beiden Jahren durch den Ehrenamtlichen Bodendenkmalpfleger Sieghardt Wolter und bei einer gezielten amtlichen Nachgrabung noch mal um das vierfache vermehrt werden.

Es handelt sich bei diesen 11,5 mal 5 cm großen Platten um sogenannte Adrema-Matrizen, die einen »analogen Datenspeicher« bilden, dessen Daten maschinell mit einer Adressiermaschine (ADREMA) – auch in Auswahl – ausgedruckt werden konnten.

Das System ADREMA beruht auf der Automatisierung wiederholter Schreibarbeiten mit Führung eines zentralen Registers – vollautomatische Maschinen leisten das Hundertfache des handschriftlichen Adressierens, also ideal für alle größeren Betriebe und Verwaltungen. Es arbeitet mit Metallplatten, in die Anschriften und andere kurze Daten eingeprägt sind und die in laufender Folge zum Abdruck benutzt werden. Der Arbeitsablauf ist vollkommen mechanisch und kann schnell und zuverlässig von einer einfachen Hilfskraft bewältigt werden. Der Abdruck entspricht der Schreibmaschinenschrift, denn ADREMA arbeitet mit Metallbuchstaben und Farbband wie eine Schreibmaschine. Die Prägung der Texte erfolgt auf einer Prägemaschine, die Prägevorlagen konnten die Betriebe selbst herstellen oder bei größeren Mengen direkt bei der Firma ADREMA in Auftrag geben. Dafür unterhielt sie in Berlin und in der ganzen Welt Prägestellen; allein in der Berliner Zentrale konnten täglich 50 000 solcher Platten geprägt werden. Die Metallplatten konnten am oberen Rand (der entsprechende Aussparungen aufweist) mit bis zu 12 aufsteckbaren Reitern versehen werden, um beim Druckvorgang zu bestimmen, welche Datenauswahl auf den Ausdruck gelangt. Der Erfinder dieses Systems zur Adressierung von Massenbriefen, Julius Goldschmidt, hatte 1913 in Berlin die ADREMA-Maschinenbaugesellschaft gegründet. 1935 sah er sich als Jude in Deutschland gezwungen, die Firma zu verkaufen und zu emigrieren. Zumindest bis in die 1950er Jahre waren solche Maschinen in Gebrauch.



ADREMA-Tafeln aus dem Lager Sebalduhof, 2015.
Foto: Thomas Kersting

Die 300 bislang gefundenen ADREMA-Platten vom Sebalduhof enthalten offenbar Daten der Firmenmitarbeiter der Munitionsfabrik Werk A, in damaliger Diktion der »Gefolgschaft« – zu der nicht nur Leitung, Verwaltung und reguläre Arbeiter gehörten – sondern auch die dort seit 1942 eingesetzten Zwangsarbeiter. Die Stücke sind unterschiedlich gut lesbar, manche wirken fast wie neu, andere sind stark verkrustet, offenbar auch durch Einfluss von Brand und Lagerung in Asche. Oft ist durch scharfe Einprägung die Rückseite gespiegelt besser zu lesen. Wenige Stücke sind ungeprägt, andere lassen eine mehrfache Überprägung, also Wiederbenutzung erkennen. Manchmal ist die Oberfläche so gut erhalten, dass in ganz feiner Prägung eine offenbar voreingeprägte Zeilen- und Spaltennummerierung zu erkennen ist, oben links auf dem Rahmen ein Kreuz in einem Kreis und rechts die Abkürzung D.R.P. für Deutsches Reichspatent.

Erfasst sind im zentralen Hauptfeld neben Vor- und Familiennamen eine laufende Nummer (bis knapp an die 10 000), und, falls es sich um deutsche Mitarbeiter handelt, eine Adresse meist aus der näheren Umgebung im hohen Fläming.

Bei den ausländischen Zwangsarbeitern steht hier eine Einsatzortangabe, wie – in den meisten Fällen – »Treuenbrietzen Sebalduhof«, »Treuenbrietzen Lager« oder »Kriegsg. Lager«, aber auch »Belzig Lager« oder »Belzig Stelterhof«. Anscheinend wurde dieses Lager von hier aus mitverwaltet. Im Hauptfeld findet sich häufig eine Berufsbezeichnung, auch bei ausländischen Zwangsarbeitern: Stellmacher, Feinmechaniker, Metallpol., Schlosser, Dreher, Arbeiter, Arbeiterin, Masch. Arbeiterin, Hilfsarbeiterin, Sortiererin, Küchenhilfe. Auch für einige wenige deutsche Beschäftigte – anscheinend mit speziellen Funktionen wie Schlosser, Wachmann, KHD-Maid oder ähnliche – ist als Adresse eines der genannten Lager angegeben.

In ein bis zwei Zeilen am oberen Rand sind Nummer und Familienname, Geburtsort und -Datum, manchmal das Heimatland, offenbar das Datum der Arbeitsaufnahme (bei den Zwangsarbeitern Daten der 1940er-Jahre, bei deutschen Mitarbeitern meist früher) und – bei Deutschen wie Ausländern – der Familienstand (etwa: vh/2: verheiratet, zwei Kinder) erfasst. Diese Angaben sind aber nie gleichermaßen vollständig enthalten. Interessanterweise treten bisweilen auch Angaben staatlicher Funktionen

oder Untergliederungen wie etwa Pg. (Parteigenosse), DAF (Deutsche Arbeitsfront), HJ (Hitlerjugend), K.H.D. Maid (Kriegshilfsdienst) hinzu.

Am rechten Rand befinden sich offenbar tarifliche Angaben, eventuell ein Stundenlohn, in numerischer Form vermutlich in Reichsmark, fast immer mindestens zwei bis drei Angaben im Bereich von 0,39 bis 0,42 bei den Frauen sowie bei Männern zwischen 0,51 und 0,60. Das deutet darauf hin, dass bei den Lohnzahlungen Abstufungen, etwa nach Alter, gab. Unter dem Hauptfeld finden sich zusätzliche Bemerkungen wie »1,50 Lagergeld«, »1,50 Trenngeld«, »10,00 Verpflegungszulage«, »4,50 Kautions«, »Invalide«, »Militär«, »spart 0,50 tägl.«, »spart 13,00 monatl.«. Unten links schließlich sind manchmal Ortsnamen vermerkt, die weder Geburts- noch Wohnort sind: Berlin, Perleberg, Jüterbog, Beelitz, Aussig (heute Tschechien) – handelt es sich hier möglicherweise um andere, vermutlich vorangehende Einsatzorte?

An Heimatländern anhand der erwähnten Herkunftsorte – falls sie nicht separat erwähnt sind, was mehrfach vorkommt – erschließbar sind Russland, Polen, Ukraine, Kroatien, Serbien, Litauen, Frankreich, Italien, Holland, Belgien. Etwa die Hälfte der bis jetzt gefundenen Adresstafeln gehört zu ausländischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, eine davon trägt übrigens den Namen Giuseppe Monticchiani, der zu den Opfern von Nichel zählt.

Die ADREMA-Kartei stellt eine einzigartige, bislang nicht ausgewertete Quelle dar, die sowohl zur Identifizierung als auch Rehabilitation von Opfern der NS-Zwangsherrschaft genutzt werden kann. Zumindest einem kleinen Teil der namenlosen Menge kann damit die Identität zurückgegeben werden, was auch mit einer Mitteilung an die heute zuständigen Behörden der Heimatländer verbunden ist. Zu diesem Zweck wurden alle lesbaren Namen und Angaben von Zwangsarbeiterinnen (die die große Mehrzahl stellen) und Zwangsarbeitern in einer Datenbank erfasst und diese an den Internationalen Suchdienst in Bad Arolsen übermittelt. Da die Namen deutscher Mitarbeiter und ihre Funktionen in Fabrik und Lager von historischem Interesse sind, wurden sie ebenfalls erfasst. Sie sind damit auch eine wichtige sozialgeschichtliche Quelle zur Zusammensetzung der Belegschaft einer Firma unter Bedingungen von Kriegsproduktion und Terrorherrschaft.

Einige Italienern zuzuordnende Tafeln wurden dem Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneweide überlassen, das Ende 2016 die Erweiterung seiner Dauerausstellung zum Thema der italienischen Militärinternierten eröffnet hat, wo die Stücke zu sehen sind.

Hinweise zu ADREMA-Tafeln von anderen Fundorten wären sehr willkommen.

Dr. Thomas Kersting ist Archäologe aus Bonn und seit 1993 beim Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und archäologischen Landesmuseum tätig. Als Leiter der Archäologischen Denkmalpflege ist er neben Anderem für die Archäologie der Zeitgeschichte zuständig.

Th. Kersting: Eingeprägte Identität. Die Zwangsarbeiterkartei vom Sebaldushof, Treuenbrietzen, Landkreis Potsdam-Mittelmark, Archäologie in Berlin und Brandenburg, 2015.

R. Grywno, P. Pöpke, J. Sandner, Die Zwangsarbeiter der Metallwarenfabrik Treuenbrietzen. Wettbewerbsbeitrag zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten 2002/2003. Weggehen-Ankommen-Migration in der Geschichte; Treuenbrietzen 2003

berliner-unterwelten.de/verein/projekte/unterwelten-museum/besondere-exponate (14. 6. 2017)
<https://de.wikipedia.org/wiki/Adressiermaschine> (16. 4. 2017)

Wie Erinnern? Bilden! Vernetzen! Motivieren!

GRÜNDUNG RUNDER TISCH ERINNERUNGSARBEIT SAARLAND

Sabine Graf

Das Saarland kam ohne eine Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit aus. »Was nicht bedeutet, dass man auch mit der Erinnerungsarbeit im Saarland am Anfang steht. Das ist nicht der Fall, denn seit Jahren engagieren sich Schulen, Jugendeinrichtungen, Vereine, Initiativen und Einzelpersonen für die Erinnerung an Verfolgung und Widerstand in der NS-Zeit sowie an das jüdische Leben in der Region. Jedoch fehlte bislang eine Struktur, welche diese Vielfalt weithin sichtbar und in ihrem Bestand zukunftssicher macht«, so der Minister für Bildung und Kultur des Saarlandes, Ulrich Commerçon. Im Land der kurzen Wege mit nur einer Gedenkstätte, aber vielen engagierten Erinnerungsinitiativen verständigte man sich bislang auf Zuruf. Doch wer hört noch, wenn gleichermaßen die Zahl der Zeitzeugen und Akteure der Erinnerungsarbeit in dem Maß sinkt, wie die Zahl derjenigen steigt, die keine Erinnerung mehr an die NS-Zeit haben? Im Saarland stellen sich daher wie überall die Fragen nach der Zukunft der Erinnerung in der sogenannten Postmemory-Generation: Welche Methoden, Mittel und Materialien sind für die Erinnerungsarbeit im Schulunterricht notwendig? Wie sieht eine zeitgemäße jugendorientierte Vermittlung in außerschulischen Gesellschaftsbereichen aus? Wie müssen sich die Akteurinnen und Akteure der Erinnerungsarbeit organisieren? Wie müssen sie kommunizieren?

Ein von Minister Commerçon am 10. Februar 2017 im Ministerium für Bildung und Kultur gegründeter Runder Tisch Erinnerungsarbeit besitzt die Aufgabe, zu diesen Fragen Lösungsansätze zu entwickeln. Er versammelt etwa zwei Dutzend Vertreter aus den Bereichen der schulischen und außerschulischen Bildung, der Forschung, der Jugendarbeit, der Religionsgemeinschaften, der Kulturinstitutionen des Landes und der Zivilgesellschaft. Der Runde Tisch soll, unterstützt von einer bei der Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes angesiedelten Koordinierungsstelle, die Voraussetzungen für eine Professionalisierung der Erinnerungsarbeit im Saarland schaffen. Das gilt im Hinblick auf die Kommunikation, Koordination und Kooperation der einzelnen Engagierten. Er hilft mit, ein stabiles Netzwerk der Erinnerungsakteure im Land aufzubauen.

»Dass das Saarland das letzte westdeutsche Flächenland ist, das in der Erinnerungsarbeit eine Netzwerkstruktur aufbaut, darf nicht als Nachteil angesehen werden«, betonte Erik Harms-Immand, Leiter der Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes. Der spät einsetzende Vernetzungsprozess biete die Gelegenheit, direkt in die aktuelle bundesweite Diskussion um die Zukunft der Erinnerungsarbeit einzusteigen. Der Runde Tisch dürfe in diesem Zusammenhang jedoch nicht als geschlossener Kreis betrachtet werden. »Die Gründung des Runden Tisches Erinnerungsarbeit war ein erster notwendiger organisatorischer Schritt«, hielt Harms-Immand fest. »Damit ist



Gedenkstein
»Der unterbrochene Wald« des Bildhauers Ariel Auslender in Zusammenarbeit mit dem Architekten Fabian Luttrupp, 2013.
Foto: Zentrum für Medienbildung am Landesinstitut für Pädagogik und Medien des Saarlandes

Ulrich Commerçon,
Minister für Bildung
und Kultur des Saar-
landes bei der
Konstituierung des von
ihm einberufenen
Runden Tisches
Erinnerungsarbeit
Saarland, Februar 2017.
Foto: Landeszentrale
für politische Bildung
des Saarlandes.



die Basis für den Aufbau einer stabilen Netzwerkstruktur geschaffen, die alle Bereiche und alle Ebenen der saarländischen Erinnerungsarbeit umfasst und die den regionalspezifischen Voraussetzungen der saarländischen Erinnerungslandschaft gerecht wird. Die am Runden Tisch versammelten Institutionen, Organisationen und Initiativen sollen in Abstimmung mit ihren Gliederungen und den anderen Erinnerungsakteuren schnellstmöglich nachhaltige Austauschplattformen und tragfähige Informations- und Kommunikationsstrukturen aufbauen. Damit ist der Aufbau einer Internetseite ebenso verbunden wie die Planung von regelmäßigen Treffen, Tagungen und Angeboten der Fortbildung zu aktuellen Themen der Erinnerungsarbeit.«

Welche thematischen, erinnerungspädagogischen und organisatorischen Fragestellungen beim beginnenden Vernetzungsprozess im Mittelpunkt stehen sollen, wurde im Anschluss an die Konstituierung des Runden Tisches auf der von der Landeszentrale vorbereiteten ganztägigen Fachtagung »Wie erinnern? Bilden! Vernetzen! Motivieren!« beraten, die ebenfalls im Ministerium für Bildung und Kultur stattfand. In ihrem Impulsvortrag wies die Leiterin des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneweide, Dr. Christine Glauning, die 120 Tagungsteilnehmenden auf die Notwendigkeit eines an den regionalen Gegebenheiten orientierten Konzeptes der Erinnerungsarbeit hin, in dem klar sein muss, an wen, wo und wie erinnert werden soll. Dem entsprach das Angebot der drei Workshops, die möglichst konkret das Thema Erinnerungsarbeit in seinen Facetten angehen.

So wurden in dem Workshop von Dieter Burgard, dem Vorsitzenden des Sprecherats der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit in Rheinland-Pfalz, am Beispiel der Organisations- und Kommunikationsstruktur der rheinland-pfälzischen Landesarbeitsgemeinschaft die mögliche Konzeption einer gemeinsamen Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit und die Vorteile einer gemeinsamen Interessenvertretung diskutiert.

Der von Dr. Eva Kell, Lehrbeauftragte für Fachdidaktik am Historischen Institut der Universität des Saarlandes, gemeinsam mit Marc-Oliver Richter, Ministerium für Bildung und Kultur, moderierte und mehrheitlich von Lehrerinnen und Lehrern besuchte Workshop zum Thema »Bausteine der Erinnerungsarbeit an Schulen« befasste sich unter



Neugestaltung der »Gedenkstätte Gestapo-Lager Neue Bremm«, Metzger Straße, 2004. Foto: Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes



Schlossplatz, Saarbrücken, seit 1993 auch »Platz des Unsichtbaren Mahnmals« mit der Installation »2146 Steine. Mahnmahl gegen Rassismus«, Konzeption: Jochen Gerz mit Studierenden der Hochschule der Bildenden Künste Saar. Foto: Zentrum für Medienbildung am Landesinstitut für Pädagogik und Medien des Saarlandes



»Der unterbrochene Wald«, eine aus 40 bronzenen Baumstämmen bestehende Skulpturengruppe von Ariel Auslander. Foto: Zentrum für Medienbildung am Landesinstitut für Pädagogik und Medien des Saarlandes

Der Löschwasserteich
des Männerlagers.
Im Hintergrund die
Stele von 1947 und die
Rückansicht der Mauer
der neugestalteten
Gedenkstätte
»Gestapo-Lager
Neue Bremm«.
Foto: Landeszentrale
für politische Bildung
des Saarlandes



anderem mit Fragen der erinnerungspädagogischen Lehreraus- und -fortbildung und der lehrplanbezogenen inhaltlichen Schwerpunkte der schulischen Erinnerungsarbeit. Darüber hinaus wurde auf Desiderate im Hinblick auf fächerübergreifende Konzepte und hinsichtlich einer zentralisierten Internetplattform für erinnerungspädagogische Unterrichtsmaterialien hingewiesen. Behandelt wurden auch zielgruppenspezifische Herausforderungen der schulischen Erinnerungsarbeit, beispielsweise die Frage, inwieweit die bisherige Erinnerungsarbeit jene Schülerinnen und Schüler erreicht, die ihre familiären Wurzeln nicht in Deutschland haben.

Dem Bereich der jugendorientierten Vermittlung in Gestalt von Führungen von Jugendlichen für Jugendliche war der von Beate Müller, Leiterin des »lernort geschichte« am Jugendhaus Stuttgart, geleitete dritte Workshop vorbehalten. Die dabei vorgestellten zeitgemäßen Formen der Vermittlung in schulischer und außerschulischer Bildung, die jugendorientiert, proaktiv, praxisbezogen, multimedial und auf die regionalen und lokalen Situationen bezogen sind, empfehlen sich auch als Leitmotive für eine zu erarbeitende Konzeption zur Erinnerungsarbeit im Saarland.

Aus den Ergebnissen der Tagung leitet der Runde Tisch Erinnerungsarbeit seine Arbeitsaufträge ab. »Wir befinden uns derzeit in einem offenen Prozess. Der Veranstaltungstag hat noch einmal deutlich gemacht, wie komplex die gesellschaftlichen, inhaltlichen und organisatorischen Herausforderungen der Erinnerungsarbeit sind und wie wichtig es demnach ist, auf das Know-how der einzelnen Erinnerungsakteure zurückgreifen zu können«, fasst Erik Harms-Immand den Tagungsverlauf zusammen. Das erste Arbeitstreffen des Runden Tisches nach der Gründung ist für Ende Mai dieses Jahres geplant.

Dr. Sabine Graf ist Mitarbeiterin der Landeszentrale für politische Bildung des Saarlandes und dort zuständig für das Thema Erinnerungsarbeit.

Wozu brauchen wir NS-Gedenkstätten?

UND WARUM IST DIESE FRAGE NICHT VERKEHRT?

Christian Angerer

Ein Nachbarschaftstreffen. Wir sind uns im Haus gelegentlich begegnet, aber wir kennen uns noch nicht. Nun sitzen wir in kleiner Runde beisammen. Welchen Beruf hast du? Wo arbeitest du? Auch ich komme an die Reihe. Ich bin Lehrer, seit einigen Jahren arbeite ich in der Pädagogik an der KZ-Gedenkstätte Mauthausen. Wir entwickeln das Konzept für die Rundgänge und bilden die Vermittler und Vermittlerinnen aus. Wie oft habe ich mich schon mit diesen Kurzformeln beschrieben, und ich höre die Reaktion bereits im Vorhinein: interessant, wichtige Arbeit. Doch diesmal trifft das Echo nicht ein. Der junge Mann, mit dem ich spreche, sieht mich an und stellt mir eine Frage, mit der ich nicht gerechnet habe, die mich aus dem behaglichen Gleichgewicht bringt: Wozu brauchen wir solche Gedenkstätten eigentlich? Bei mir schrillen die Alarmglocken: Rechtsextremismus! Revisionismus! Holocaustleugnung! Mit welchen Hintergedanken stellt er mir eine solche Frage? Soll ich auf die Provokation reagieren? Mein Blick auf den jungen Mann zeigt mir jedoch etwas anderes. Ich sehe weit offene, neugierige Augen, kein herausforderndes Grinsen. Seine Stimme ist ohne polemischen Unterton. Er hat einfach eine ehrliche Frage gestellt und wartet wissbegierig auf meine Antwort.

Ruth Klüger fällt mir ein. In ihrer Autobiografie *weiter leben. Eine Jugend* erzählt sie von ihren Beobachtungen zur Rolle der Gedenkstätten. Sie stellt dieselbe Frage: »Bewahrung der Stätten. Wozu nur?«¹ Ihre Antworten fallen ernüchternd aus: Die Gedenkstätten gäben nichts von dem wieder, was diese Orte einst als KZ bedeutet haben. Nichts sei weiter von der Konstellation Gefängnis und Häftling entfernt als die Konstellation Gedenkstätte und Besucher. Die Menschen kämen in der Regel mit Touristenneugier und Sensationslust, und die Gedenkstätten würden ihnen zu sentimentaler Selbstgerechtigkeit Anlass geben: »Ein Besucher, der hier steht und ergriffen ist, und wäre er auch nur ergriffen von einem solchen Gruseln, wird sich dennoch als ein besserer Mensch vorkommen.«² Henryk M. Broder, enfant terrible der deutschen Erinnerungskultur, spitzt diese Sichtweise zu, wenn er Gedenkstätten als »Disneyland des Todes« und Auschwitz als »Wellness-Oase für Vergangenheitsbewältigung« bezeichnet, wo es in Wahrheit nicht um die Ehrung der Opfer, sondern um Selbstbeweihräucherung gehe – am besten wäre es, so Broder, die konservierten Baracken abzureißen.³ In ihrer angriffslustigsten Version mündet die Kritik an einer heuchlerischen Gedenkkultur in die Forderung, die NS-Gedenkstätten – bei Erhaltung der Friedhöfe – abzuschaffen. Wozu Gedenkstätten? Zur »Selbstbespiegelung der Gefühle«⁴, so ließe sich mit Ruth Klüger antworten.

Aber das hat mein junger Nachbar nicht gemeint. Was er seiner Frage hinzufügt, läuft auf eine andere Form von Psychohygiene hinaus als auf diejenige, die Ruth Klüger bei ergriffenen Gedenkstättenbesuchern diagnostiziert. Er sagt, der Nationalsozialismus und seine Verbrechen seien jetzt etwa siebzig Jahre her, die meisten Menschen, die diese Zeit erlebt haben, seien tot. Warum das Schreckliche von damals heute ständig quälend vergegenwärtigen? Wenn er persönlich etwas Verletzendes erlebe, versuche er es in der Erinnerung einzukapseln, damit es seine Lebenskraft nicht zerstören kann,

damit er gesund bleibt. Das ist therapeutisch gedacht, und es leuchtet mir, was die Bewältigung persönlicher Krisen betrifft, gleich ein. Ich mache es genau so, stelle ich nach einer blitzartigen Selbstprüfung fest. Deshalb wehre ich mich gegen die spöttische Stimme in mir, die mir zuflüstert: also Vergangenenbewältigung à la Krankenpfleger (das ist der Beruf meines Gegenübers). Nein, ich nehme den Gedanken an, er hat etwas für sich.

Der Vergleich mit der Psychotherapie hinkt natürlich, aber er ist, auch auf Kollektive und Historie bezogen, nicht ganz verfehlt. Zunächst wurde in Deutschland und Österreich über die Schuld an den NS-Verbrechen und in Israel über die Erfahrung der Vernichtung nicht geredet – vielleicht die Voraussetzung dafür, dass persönlich und kollektiv Neues aufgebaut wurde. Doch das Verdrängte blieb als zerstörerische, weil unbearbeitete Substanz in den Familien und in der Gesellschaft wirksam. Es wühlte sich an die Oberfläche, zeigte seine ungeheure Dimension, wurde Frage, Thema, Streitpunkt, Ärgernis, Bedrohung, Erzählung, Geständnis, Bekenntnis, Aufgabe, Politikum ... Nun wird es besprochen, durchdacht und noch einmal durchlebt. Ist es schon an der Zeit, die Erinnerung daran einzukapseln, damit man sie stets abrufen und nützen kann, wenn man will, ohne ihrem schleichenden Gift ausgesetzt zu sein?

Es scheint mir nicht falsch, dass sich Menschen um ihre Gesundheit kümmern, Individuen ebenso wie Gesellschaften. Mir gefällt das Zutrauen zum Vitalen und zur Zukunft. Dana Giesecke und Harald Welzer plädieren in ihrem Buch *Das Menschenmögliche. Zur Renovierung der deutschen Erinnerungskultur* dafür, dass sich der lernende Umgang mit den NS-Verbrechen »nicht um eine negative Geschichte zentrieren soll, sondern um die Möglichkeiten gelingenden und glücklichen Zusammenlebens«.⁵ Junge Menschen sollen zur Partizipation in einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft befähigt werden. Mit Blick auf diese Zukunft sei von historischen Erfahrungen mit den humanen und inhumanen Potenzialen menschlicher Gesellschaften Gebrauch zu machen. Der Nationalsozialismus sei eines dieser historischen Beispiele, wenn auch ein besonders drastisches. Es veranschauliche, wie in einem sozialen Prozess eine mörderische Ausgrenzungsgesellschaft entsteht, an der die meisten aktiv mitwirken, während sie sich dennoch moralisch integer fühlen. Und es zeige, wie manche Menschen Handlungsspielräume wahrnehmen, um Ausgestoßenen zu helfen. Folgerichtig fordern Giesecke und Welzer einen neuen Typus von Lernort: statt einer auf die Vergangenheit fixierten NS-Gedenkstätte, die sich der Erinnerung an den Schrecken verschreibt, ein an der Zukunft orientiertes »Haus der menschlichen Möglichkeiten«⁶, das positive Perspektiven vor dem Hintergrund historischen Lernens eröffnet.

NS-Geschichte ausstellungspädagogisch gezähmt und verpackt zum Lernen für die Zukunft? Ein verlockender Gedanke, doch ich zweifle, ob sich diese Geschichte dem rationalen Zugriff fügt. Jedenfalls tut sie es nicht an den Gedenkstätten, die Überreste der Mordstätten bewahren. Die Menschen besuchen diese Orte, weil sie sich vom Schrecklichsten eine Vorstellung machen wollen. Es sind emotionale Orte, an denen sich unterschiedlichste Gefühle regen. Es bedarf keiner Pädagogik, um sie zu erzeugen. Sie sind da, pädagogisch erwünschte wie unerwünschte: Entsetzen, Angst, Schuld, Mitleid, Trauer, Empörung, Wut, Faszination, Aggression, Sensationsgier. Dass solche Gefühle ausgelebt werden und Ausdruck finden können, gerade darin sieht der Kinderpsychiater und Schriftsteller Paulus Hochgatterer eine Funktion von Gedenkstätten.⁷ Mauthausen, Gusen, Ebensee – das sind offene Wunden. Können sie jemals

verheilen, angesichts dessen, was dort geschah? Die breite mediale Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus und die Besucherzahlen der Gedenkstätten belegen die erregende Präsenz der Geschichte.

Also zurück vom »Haus der menschlichen Möglichkeiten« zu den Gedenkstätten, zu den historischen Orten, die uns aufwühlen und etwas zu sagen haben. Damit nähere ich mich der Antwort, die ich meinem Nachbarn auf seine Frage gegeben habe. Wozu brauchen wir solche Gedenkstätten eigentlich? Meine Antwort war nicht wohl überlegt, kaum umsichtig. Klüger, Welzer, Hochgatterer – sie sind mir erst später eingefallen. Ich habe ihm gesagt, was mir sofort in den Sinn kam, weil es mich am meisten bedrängt. Es war gewiss nicht die beste Antwort. Aber ich wollte anscheinend einen wunden Punkt treffen, der in der Gedenkkultur noch nicht zum Selbstverständlichen gehört: Indem die NS-Gedenkstätten da sind, mitten in unserer ländlichen, städtischen, touristischen Lebenswelt, führen sie uns vor Augen, dass die Verbrechen in die Gesellschaft eingebettet waren. Zwischen den Wachmannschaften der Lager und dem gesellschaftlichen Umfeld entwickelten sich enge wirtschaftliche, kulturelle und persönliche Beziehungen, es wurde Handel getrieben, Fußball gespielt und geheiratet. Die Verbrechen waren offensichtlich, doch alle beschlossen – wie Komplizen – über das offene Geheimnis zu schweigen. Man gewöhnte sich daran in einer gemeinsam geschaffenen »Normalität«. »L'univers concentrationnaire«⁸, die KZ-Welt, war kein eigenes Universum, keine verrückte Parallelwelt, wie es den Häftlingen aus ihrer Perspektive erscheinen mochte, sondern integraler Bestandteil der Gesellschaft. Die NS-Gedenkstätten mitten unter uns zeigen uns: Wir sind immer mit dabei. Aber die Rolle der unschuldigen Zuschauer bleibt uns verwehrt. Wir treffen Entscheidungen. Wir sehen die Handlungsspielräume oder wir nehmen sie nicht wahr. Gedenkstätten sind Orte, die solche Fragen aufwerfen. Diese Orte sollen nicht durch Schrecken stumm machen, sondern zum Austausch über Wahrnehmungen, Gefühle und Gedanken ermutigen.

Seit unserem Nachbarschaftstreffen sind einige Monate vergangen. Manchmal begegne ich meinem jungen Nachbarn im Haus, wir grüßen uns. Ich muss ihm einmal sagen, dass ich seine Frage gut finde.

Dr. Christian Angerer, Germanist und Historiker, Hochschullehrer, Mitarbeiter von erinnern.at und an der KZ-Gedenkstätte Mauthausen.

1 Ruth Klüger: weiter leben. Eine Jugend. Göttingen 1992, S. 70.

2 Ebenda, S. 76.

3 <http://bit.ly/2suBtJB> [zuletzt abgerufen am 11. Mai 2017]

4 Klüger: weiter leben, S. 76.

5 Dana Giesecke, Harald Welzer: Das Menschenmögliche. Zur Renovierung der deutschen Erinnerungskultur. Hamburg 2012, S. 25.

6 Ebenda, S. 117.

7 Vgl. Paulus Hochgatterer: Helene, Mio und der Tod. In: P.H.: Katzen, Körper, Krieg der Knöpfe. Eine Poetik der Kindheit. Reden, Aufsätze, Vorlesungen. Wien 2012, S. 196–204.

8 David Rousset: L'Univers concentrationnaire. Paris 1946.

Authentizität als Kapital historischer Orte

EIN TAGUNGSBERICHT

Andrea Genest

Veranstalter: Zentrum für Zeithistorische Forschung, Institut für Zeitgeschichte, Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung, Leibniz-Institut für Europäische Geschichte in Kooperation mit dem Leibniz-Forschungsverbund Historische Authentizität und der KZ-Gedenkstätte Dachau
Dachau, 1.–3. März 2017

Der Leibniz-Forschungsverbund Historische Authentizität nahm sich eines hochaktuellen Themas an, indem er auf einer dreitägigen Tagung nach dem Authentizitätsanspruch historischer Orte fragte und zur kritischen Reflexion der darin enthaltenen Erwartungen einlud. Historischen Orten, insbesondere denen der nationalsozialistischen Massenverbrechen, wird eine tiefergehende Bedeutung zugesprochen. In erster Linie werden sie als Friedhöfe wahrgenommen. In ihren baulichen Relikten und als Orte des Geschehens wird ihnen zugleich eine haptische Beweisfunktion der NS-Verbrechen zuerkannt. Daraus resultieren ihre Aufgaben der historischen Information sowie der politischen Bildungsarbeit. Vielfach konnte der Erhalt der Orte als Gedenkstätten nur aufgrund dieses skizzierten gesellschaftspolitischen Anspruches einer kritischen Geschichtsreflexion durchgesetzt werden, was die Erwartungen an einen Besuch historischer Orte erhöht, nicht aber konkretisiert. Gedenkstätten sind, wie **Gabriele Hammermann**, Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau es zusammenfasste, Antworten auf die Authentizitätserwartungen der Besucher; das »Authentische« werde zum Synonym für »lagerzeitlich« oder »historisch«. Die Aufmerksamkeit für die Orte selbst und die Erwartungen an ihre Aussagefähigkeit scheint sich nun mit dem vermehrt thematisierten Abschied der Zeitzeugengeneration zu verstärken.

Zur Bedeutung authentischer Orte

Insa Eschebach, Leiterin der Gedenkstätte Ravensbrück, analysierte in ihrem Auftaktvortrag Prozesse der Sakralisierung historischer Orte des Massensterbens. Mit ihr sei eine Kulturtechnik zur Erzeugung des Heiligen gefunden worden, die geschehenes Unheil gewissermaßen bändigen solle. Im Umgang mit unheilvollen Orten stellten Sakralisierungsprozesse ein Repertoire von Handlungsmustern sowie ein entsprechendes Vokabular zur Verfügung, das Bedrohung, Leiden und Tod in einer »sinnvollen, scheinbar überirdisch legitimierten Ordnung« aufgehen lasse. Aus diesem Grund seien sakralisierende Formen der Darstellung von Geschichte an den historischen Orten offenbar so erfolgreich.

In der Diskussion kam ein Paradoxon zur Sprache, das sich als Befund durch die gesamte Tagung zog: In den sachlich informativen Darstellungen der Geschichte der Lager in den Gedenkstätten erkennen viele Besucher eine Distanzierung gegenüber dem Grauen, die aber gerade von diesen häufig nicht gewünscht werde.

Auch **Éva Kovács** (Simon Wiesenthal Center, Wien) beleuchtete die Authentifizierungsstrategien historischer Orte, indem sie zwischen der Vermittlung von Geschichte als stärker rationalisierte und reflektierte Form des Erinnerns und der des kulturel-



Exponate aus der Gedenkstätte Auschwitz in der ersten Ausstellung der Gedenkstätte Ravensbrück, 1959–1984.
Foto: MGR/SBG,
Sign.: 5498

len Erbes unterschied, das einen stärker identitätsstiftenden Charakter habe. Um eine Identifizierung mit Geschichte hervorzurufen, werde auf Authentifizierungsstrategien zurückgegriffen, sei es in der Wahl der Gebäude oder Gelände, sei es in der Wahl der präsentierten Objekte. Diese Inszenierungen können dazu führen, dass historische Zusammenhänge ausgeblendet werden, die der intendierten Identifizierung möglicherweise entgegenstehen. Das »Haus des Terrors« in Budapest beispielsweise verweise vor allem auf den historischen Ort des Gefängnisses im Kommunismus, nicht jedoch auf die Tatsache, dass dieses Haus zuvor in jüdischem Besitz gewesen sei und damit ebenso für die Verfolgung der Juden in Ungarn stehe. Seinen Vertretungsanspruch für die Opfer des Kommunismus untermauere das Haus zurzeit mit der Archivierung kopierter Nachlässe bekannter ungarischer Dissidenten. Damit werde die Opfererfahrung zum kulturellen Erbe erhoben, die in Ehren gehalten, aber nicht kritisch hinterfragt werde.

Die geschichtspolitischen Deutungen, die hinter dem Argument des Authentischen stehen, stellte Julia Röttger (Deutsches Polen Institut Darmstadt) anhand der Durchsetzung des Weltkulturerbestatus' für die Staatliche Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau vor. Als Auszeichnung, die sich vor allem an denkmalpflegerischen Standards orientiert, wurde im Jahr 1979 neben dem historischen Ort auch die bestehende Gedenkstätte mit ihren Objekten aufgenommen. Damit erhielt die Gedenkstätte zugleich einen Autoritätszuwachs, denn Gedenkstätten an Orten nationalsozialistischer Verbrechen gehörten bis dahin nicht zum Kanon der UNESCO. Der authentische Ort wurde mit seiner Bedeutung für die polnische Nation begründet, was nicht zuletzt durch den Umstand gefördert ist, dass jeweils die Länder die Anträge stellen, in denen sich das Kulturerbe befindet. Demzufolge habe das Stammlager Auschwitz I als Ort der nationalsozialistischen Verfolgung des polnischen Volkes im Zentrum der Bewerbung um den Status als Weltkulturerbe gestanden und nicht Auschwitz-Birkenau als Ort der Verfolgung und Massentötung der Juden aus Europa. Damit ist das Authentische nicht nur eine Zuschreibung, es ist zusätzlich durch geschichtspolitische Prioritäten geprägt.

Ingrid Scheurmann (TU Darmstadt) wies in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hin, dass die unterschiedlichen Professionen mit unterschiedlichen Begriffen arbeiteten, was das Gespräch nicht immer vereinfache. Während die Denkmalpflege auf der Behauptung des Authentischen erst aufbaue, sei er für die Geschichts- und Sozialwissenschaften mit dem Wissen um seine vielfachen Überformungen und dem gleichzeitigen Wunsch nach Dekonstruktion fast schon nicht mehr nutzbar (Ulrike Jureit, Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur).

Das Authentische als gesellschaftspolitisches Argument

Stefanie Endlich (Universität der Künste, Berlin) plädierte in ihren Überlegungen zu Stadtführungen für eine Konzentration auf einzelne Gebäude und deren Durchdringung in ihren vielfältigen Schichten, um damit dem Wandel der gesellschaftspolitischen Bedeutungszuschreibungen nachzugehen. Damit schärfte sich auch der Blick darauf, welche Spuren noch zu finden seien – und welche nicht.

Dominik Kleinen (HU Berlin) fragte in seinen Ausführungen zu den Planungen der 750-Jahr-Feiern in Ost- und West-Berlin 1987 sowie zur Geschichte des CSD ebenfalls nach den gesellschaftspolitischen Implikationen von Authentizität. Formen der historischen Aneignung unter öffentlicher Anteilnahme sollen bestimmte Geschichtsbilder verankern und damit mitunter auch politische Forderungen unterstreichen. Dabei zeigt sich auch in der Planung öffentlicher Umzüge, dass historisches Wissen an bestimmte Orte gebunden wird. Mit ihrer konkreten Verortung solle die Distanz zur Vergangenheit überwunden werden und in eine Erfahrungsdimension überführt werden, die auch für spätere Generationen eine Bedeutung erhalte. Seine Funde aus den Planungen der Festumzüge zeigen jedoch, dass es vor allem die positiven Aspekte sind, die sich öffentlich präsentieren lassen. In der Darstellung des Nationalsozialismus stoße die öffentliche Darstellung als Aktivierungspotenzial immer wieder an ihre Grenzen.

Umgang mit dem Authentischen

Stephan Schwan berichtete aus einem Forschungsbereich des Leibniz-Instituts für Wissensmedien Tübingen, der der Frage nach den Erwartungen an das Authentische nachgeht. Aufgrund von Tests mit Probanden traf er die Feststellung, dass dreidimensionale Objekte länger betrachtet werden und im Detail einen stärkeren Eindruck bei den Besuchern hinterließen als ihre bildliche Wiedergabe. Die Frage, ob es sich um ein Original oder eine Replik handelt, spiele dabei kaum eine Rolle. Die als authentisch wahrgenommenen Objekte werden ob ihrer historischen Verortung als bedeutsam erachtet und bildeten somit eine Brücke zur Vergangenheit. Der materielle und ästhetische Wert spiele dabei eine untergeordnete Rolle. Insbesondere an Orten negativer Valenz scheinen es die Objekte zu sein, die einen persönlichen Bezug zur Vergangenheit vermitteln, eine Form der Vorstellbarkeit, die sich zur Beglaubigung der Erzählung und Kontextualisierung anbiete.

Touristischer Umgang und Inszenierungen

Die historischen Orte nationalsozialistischer Massenverbrechen liegen oft abseits urbaner Zentren, sodass ihr Besuch eine touristische Form annimmt. Mit der Professionalisierung der Gedenkstätten, aber auch mit ihrer zunehmenden gesellschaftlichen Akzeptanz werden damit Gedenkstätten nicht nur zu Orten der historischen Infor-



WK-I-Reenactors beim
Geschichtsfest
»Mindener Zeitinseln«
2014.
Foto: Ruzana Liburkina

mation und Vertiefung, sondern zugleich auch mehr und mehr des Massentourismus. Jörg Skriebeleit, Leiter der Gedenkstätte Flossenbürg, beleuchtete diese wachsende Attraktivität, indem er ihrer Ausprägung im »Dark Tourism« nachging.¹ Tod, Leid und Tourismus seien schon länger miteinander verbunden – nicht zuletzt habe Karl Krauss sich bereits 1921 über Autorundfahrten zu den Schlachtfeldern von Versailles mokiert. So stellte Skriebeleit die Frage, ob die Erwartungen eines »Dark Tourism« als Herausforderung für die Gedenkstättenarbeit begriffen werden müssen oder doch eher Ausdruck einer hypertrophen Erinnerungskultur seien. Hier sei einzuwenden, dass nicht jede touristische Aufmerksamkeit gleich als Dark Tourism zu verstehen ist, und auch dieser sich ethischen Prinzipien verschrieben hat.² Die Beurteilung nach der Idee des Dark Tourism bleibt aber engführend, klammert diese doch den Aspekt des kritischen Lernens aus der Geschichte aus und fokussiert vor allem auf die Ausmaße der Gewalt, für die die jeweiligen Orte stehen. Trotzdem stehen mit Filmen wie »Austerlitz«³ des Regisseurs Sergei Loznitsa oder dem Projekt »Yolocaust«⁴ des israelischen Künstlers Shahak Shapira aktuelle Einwürfe im Raum, die an ein Versagen der Erinnerungskultur glauben lassen können. Jörg Skriebeleit plädierte jedoch dafür, den »performative turn« ernst zu nehmen und aus den sozialen Praxen des Tourismus eher neue Ideen zu entwickeln, die sich an NS-Gedenkstätten umsetzen lassen. Gemeint sind damit Lernformen, die stärker auf eine Interaktion der Besucherinnen und Besucher bauen. Dabei erinnerte er zusätzlich an den grundlegend pluralistischen Charakter der Internationalen Gedenkstätten-Charta.⁵

Stefanie Samida schloss mit ihrem Einblick in Schlachtfeldtourismus und Reenactment an die Überlegungen zum touristischen Umgang mit den historischen Orten an. Hier kämen die beiden Elemente zum Tragen, die oftmals bei Besuchen in Gedenkstätten vermisst würden: die Unmittelbarkeit der historischen Anmutung sowie die Möglichkeit der eigenen Partizipation. Es seien die aktivierenden Momente, die Begeisterung für Uniformen und die unmittelbare Verortung von Geschichte, die die Menschen nicht nur die ehemaligen Schlachtfelder besuchen, sondern die Schlachten auch nachspie-

len ließen. Ganz wesentliche Aspekte des Krieges, wie Schmerz, Leid und Zerstörung, würden dabei jedoch ausgeblendet. Der nachgespielte Akt sei klar begrenzt, Gewalt und Tod würden neutralisiert. Interessanterweise sind es vor allem Schlachten vor dem Zweiten Weltkrieg, die nachgestellt werden, was wohl nicht nur mit den attraktiveren Uniformen zusammenhängt, sondern auch mit den unmittelbareren Formen der Kriegsführung. Die historische Annäherung der Beteiligten finde darin ihre Form, dass sie zu Bestandteilen eines bewegten Bildes werden.

Bedeutung des Authentischen in der Vermittlung

Diese Gegenüberstellung des Schlachtentourismus verdeutlichte noch einmal die Grenzen der Aneignung, die Gedenkstätten aufweisen. Als Gegen-Denkmale zu einem gesellschaftlichen Vergessenwollen verfolgen sie ein anderes Konzept als Gedenkorte des 19. und 20. Jahrhunderts, die vor allem an positiv konnotierte Ereignisse erinnern (Scheurmann). Im Westen entstanden Gedenkstätten im Ergebnis einer neuen Geschichtsbewegung seit den 1980er-Jahren, im Osten dagegen seit Ende der 1950er-Jahre als Denkmäler, die den Gründungsmythos der DDR stützten. Die baulichen Überreste trafen sich mit den Seherwartungen der Besucher (Jureit), und dies trotz expliziter Dekonstruktionsbemühungen der Gedenkstätten selbst, die sich gegen die »Sehnsucht nach Echtheit« (Detlef Hoffmann) richteten. Die Authentifizierung werde damit zu einer ästhetischen Kenntlichmachung, die beispielsweise das Betreten der historischen Fußböden vermeiden helfen solle. Dabei bleibe außer Acht, dass die Orte sich selbst mit ihrer Befassung verändern (Heidmarie Uhl, Österreichische Akademie der Wissenschaften). Sie stehen, wie Gabriele Hammermann es zusammenfasste, zwischen den Alternativen, Teile des historischen Ortes zu »verlorenen Milieus« (Aleida Assmann) werden zu lassen oder, wie Habbo Knoch zitiert wurde, »der Gefahr der ästhetischen Gefälligkeit« anheimzufallen. Die Überbauungen der historischen Orte wurden häufig in Reaktion auf das öffentliche Interesse vorgenommen, z.B. in Form von Dokumentationszentren, zugleich widersprächen diese aber der Sehnsucht nach Authentizität.

Aus einer geschichtsdidaktischen Perspektive sah Matthias Heyl (Leiter der Pädagogischen Dienste Ravensbrück) in dieser Sehnsucht nach Authentizität eine Gefahr, den Nationalsozialismus ausschließlich an die Orte der Massenverbrechen zu bannen, der letztlich doch das ganze Land durchdrungen habe. Zugleich werde dieser an den historischen Orten aber auch wieder entfremdet, denn diese gehörten einer vergangenen Zeit an. Matthias Heyl hinterfragte in diesem Zusammenhang die Forderung, die Orte »zum Sprechen zu bringen«, bedeute dies doch bloß, dass die vermeintlichen Aussagen der Orte bereits vorgedacht worden seien bzw. die Inszenierungen der Gedenkstätten diese repräsentierten. Ein partizipativer Ansatz könne aber nur dort zum Tragen kommen, wo Orte noch überraschen können, wo eigenständig Spuren gefolgt werden könne.

Alfons Kenkmann (Universität Leipzig) reagierte auf das Dilemma von Gedenkstätten, auf der einen Seite bewusst eine Verwissenschaftlichung der Didaktik vorgenommen zu haben, auf der anderen aber mit dem Bedürfnis vieler Besucher nach Emotionalisierung konfrontiert zu werden. Er schlug eine veränderte Begrifflichkeit vor, die beide Bezüge in einen Sinnzusammenhang brächte: Zusammen mit der Subjektorientiertheit historischer Zugänge seien die historischen Orte in »Geschichtsorte« transferiert worden. Dieser Begriff versetze den historischen Ort von vornherein in seine Jetztzeit und ermögliche einen distanzierten Blick auf die Geschichte. Allerdings

berge dieser Umgang wiederum Möglichkeiten der Überformung und Veränderung des historischen Ortes.

Thomas Lutz (Stiftung Topographie des Terrors) fragte ebenfalls dezidiert nach dem Gehalt des Authentischen, wenn die ehemaligen Orte der Verbrechen mittlerweile mit Überbauungen und neuer Wegführung stärksten Veränderungen unterworfen seien; vor allem dadurch, dass sie nicht mehr als Haftstätten genutzt werden. Spuren der damaligen Architektur oder Objekte komme eine besondere Bedeutung zu: Zum einen soll mit ihnen die Würde der Opfer ausgedrückt und damit die Erinnerung an die NS-Verbrechen versinnbildlicht werden. Zum anderen sind sie nach wie vor Beweise für die Verbrechen, die dort stattgefunden haben. Die Gedenkstätten seien als zeithistorische Museen an Orten nationalsozialistischer Gewaltverbrechen Medien der gesellschaftlichen Selbstreflexion. Ihre heutige Bedeutung und Symbolkraft sage viel über aktuelle Debatten aus und müsse sich nicht unbedingt mit der historischen Bedeutung der Stätten decken. Die Anmutung des Authentischen werde damit zu einer Frage der Atmosphäre. Den Orten selbst werde von den Besuchenden eine wissenschaftlich untermauerte Autorität zuerkannt, haben sie doch noch immer eine Beweis- und Legitimationsfunktion. Damit gehörten die Gedenkstätten selbst zu den kulturellen Praxen der historischen Beglaubigung. Authentifizierung, so ergänzte Éva Kovács, gründe sich immer auf gesellschaftliche Konventionen und sei damit Ergebnis gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse.

Verena Haug (Evangelische Akademien in Deutschland) schloss an den Befund der Überformung mit ihrer These an, dass Zeitzeugen mit ihren Berichten eine zusätzliche Überforderung der Orte darstellten. Beide – Orte und Zeitzeugen – sollen die Geschichte »spürbar machen« und damit zu ihrer Charismatisierung beitragen. Allerdings seien dies eher Erwartungen, die von außen an Gedenkstätten herangetragen werden. Die meisten Gedenkstätten würden Zeitzeugenaussagen als subjektive Einlassung immer auch anderen Quellen gegenüber stellen und somit multiperspektivisch und kritisch arbeiten. Die Gefahr der Überwältigung sei dort zu finden, wo die »sekundäre Zeugen-schaft«⁶ überschritten werde und Erfahrungen, die nicht die eigenen sind, nicht mehr hinterfragt würden. Das Subjektive erhalte hier in der Suche nach den greifbaren historischen Spuren eine außerordentliche Autorität. Obwohl Zeitzeugen eine wesentliche Motivation für die historische Bearbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen seien und mit ihren Erfahrungen die Autorität der Gedenkstätten stärkten, stellten sie doch keine tragende Säule der Gedenkstättenarbeit dar.

Der auratischen Aufladung historischer Orte ging auch Benjamin Geissert (Zentrum für Holocaust- und Minderheitenstudien Oslo) nach, indem er zwei norwegische Museen des Zweiten Weltkrieges miteinander verglich. Dabei repräsentierte das Museum am Ort des Osloer Gefängnisses während der Okkupation Norwegens die Narration der Widerstandskämpfer und erfahre damit große Aufmerksamkeit. Das Zentrum für Holocaust- und Minderheitenstudien hingegen, das am ehemaligen Privatwohnsitz des Ministerpräsidenten der norwegischen Kollaborationsregierung Vidkun Quisling eingerichtet wurde, tat sich schwer als ein Täterort, an dem Opfergeschichte erzählt werden soll. In seiner Zurückhaltung und stärker reflektierten Präsentation scheint es für Besucher weniger eingängig zu sein.

Steffi de Jong (Universität Köln) analysierte computerbasierte Visualisierungen der Lager zwischen dem Wunsch nach Einfühlen und Erleben der Räumlichkeit auf

der einen Seite und den Grenzen der Darstellbarkeit auf der anderen, die aus dem gesellschaftlichen Diskurs erwachsen sind. Im Ergebnis würden meist begehbare Lager erstellt, die aber leer blieben – und damit wiederum einen musealisierten Raum ergeben. Orte größtmöglicher Verbrechen, wie Gaskammern oder Krematorien, würden verpixelt oder verschwommen dargestellt. Um der reinen Imagination zu entgehen und den Lern- bzw. Beweischarakter zu stärken, werden oft historische Quellen hinzugezogen. Die Frage bleibt, ob begehbare digitale Räume eine wirklich Annäherung bedeuten oder vielmehr eine neue Wirklichkeit schaffen, mit der die spürbare Differenz zur Vergangenheit nur verdeckt wird.

Das gesamte Tagungsgespräch war ausgesprochen reich und intensiv, ist doch das eigentliche Thema in seinen unterschiedlichen Befassungen nie aus dem Blick geraten. Als Begriff, der eine Zuschreibung benennt, wurde er vielleicht häufig zu schnell mit dem Begriff des »historischen« ersetzt, um der Arbeit an den Orten selbst gerecht zu werden. Die Differenz aber, die zwischen Rezeptionserwartung und professionalisierter Gedenkstättenarbeit entstehen kann, wurde in erster Linie konstatiert. Es lohnt sich, ihr weiter nachzugehen. Im Ergebnis stehen historische Orte und insbesondere NS-Gedenkstätten in unterschiedlichen Spannungsfeldern: Authentifizierungsstrategien fördern Emotionen, die mit einer möglichst reflektierten historischen Information kanalisiert werden sollen. – Annemarie Franke (Schlesisches Museum, Görlitz) verwies hierbei auf den identitätsstiftenden Charakter von Authentifizierungsprozessen. Diese könnten leicht in eine Kanonisierung der Geschichte führen und damit eine offene Deutung erschweren. – Authentifizierungen tragen eine bestimmte Wissensvermittlung in sich – sie sollen eine bestimmte zeitliche Schicht und ihren normativen Gehalt betonen. Darin können sie aber auch in Engführungen gleiten, indem andere historische Schichten unbeachtet bleiben.

Die Frage also, ob Authentizität ein Kapital historischer Orte sei, ist demzufolge mit einem klaren Ja zu beantworten – Ja, denn die mit ihr verbundenen Erwartungen bringen die Menschen dazu, die Orte zu besuchen – nein, denn die mitgebrachten Erwartungen müssen vor Ort gebrochen werden, um Neues erfahren zu können.

Das Programm kann unter folgender Internetadresse eingesehen werden: www.leibniz-historische-authentizitaet.de/aktuelles-aktivitaeten/termine-veranstaltungen

Dr. Andrea Genest arbeitete an unterschiedlichen Gedenkstätten in Deutschland und Polen. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in der deutschen und polnischen Zeitgeschichte sowie der Erinnerungskultur.

- 1 Der »Dark Tourism« hat historische Orte zum Ziel, die für tragische und tödliche Ereignisse stehen, vgl. www.dark-tourism.com (Stand: 3. 4. 2017).
- 2 Die ethischen Prinzipien, die sich der Dark Tourism gegeben hat, stehen wiederum in einem Interessenskonflikt mit dem »Darkometer«, der die Orte in zehn verschiedene Grade der »darkness« unterteilt, gemessen an Parametern wie Aktualität, Sichtbarkeit, Emotionalität sowie Ausmaß des Grauens.
- 3 Vgl. Austerlitz, DE/UE, 2016; Regie: Sergei Loznitsa. 94 Min.
- 4 Vgl. yolocaust.de/ (Stand: 3. 4. 2017)
- 5 Vgl. progedenkstaetten-sh.de/wp-content/uploads/Carta-dtsch (Stand: 3.4.2017)
- 6 »Sekundäre Zeugenschaft« entsteht durch das Zuhören eines Zeugnisses: zum einen macht diese zweite Person den Sprechakt des Zeugnisablegens erst möglich, diese Person ist aber auch häufig an der Verbreitung des Wissens um das Erleben der Zeitzeugen beteiligt. Vgl. u.a. Ulrich Baer (Hrsg.): »Niemand zeugt für den Zeugen«. Erinnerungskultur nach der Shoah. Frankfurt a.M. 2000, S. 11.



Ikonen der Authentizität? Pfähle der Lagerumzäunung in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau.
Foto: Julia Röttjer, 2015

Nachträgliche Kenntlichmachung der Barackenumrisse in der Gedenkstätte Dachau.
Foto: Andrea Genest, 2017

Ekaterina Makhotina: Erinnerungen an den Krieg – Krieg der Erinnerungen

LITAUEN UND DER ZWEITE WELTKRIEG. GÖTTINGEN. 2017

Ingolf Seidel

Litauen ist gezeichnet durch eine wechselvolle und dramatische Geschichte. Im August 1940 besetzte die Sowjetunion das Land. Anfangs hatten noch Teile des litauischen Militärs und der Gesellschaft die Sowjetrepublik unterstützt. Dies änderte sich im Zuge der schnellen tief greifenden Sowjetisierung und infolge der massiven Repression, die von Erschießungen und Deportationen in die Gulags begleitet war. Diese Zeit hat sich tief in die litauische Erinnerung eingegraben, tiefer als die nachfolgende deutsche Besatzung, obwohl die Repression »weit hinter den Massenverbrechen der deutschen Besatzungszeit 1941 bis 1944 und der sowjetischen »Pazifizierung« 1944/1945 bis 1953«¹ zurückblieb. Bis zum Ende der deutschen Besatzung 1944 wurden ungefähr 200 000 Jüdinnen und Juden in Litauen ermordet². Das sind 96 Prozent der jüdischen Bevölkerung des Landes. Die Ermordeten fielen Pogromen und Massenerschießungen zum Opfer an denen sich Litauer, wenn auch meist auf deutsche Initiative hin, beteiligten. Litauen war während der Besatzung das »Gebiet mit dem höchsten Anteil ermordeter Juden« (S. 192)³, was sich teilweise auf die Bereitschaft der örtlichen Bevölkerung aktiv am Morden mitzuwirken zurückführen lässt. Nach der Frühjahrsoffensive der Roten Armee im Jahr 1944 wurde Litauen erneut sowjetisch. In den Wäldern kämpften die »Waldbrüder«, antikommunistische, häufig antisemitische Partisanen noch bis 1953 einen letztlich aussichtslosen Kampf, der in Terror gegen die lokale Bevölkerung mündete. Bis zu seiner Unabhängigkeit im Jahr 1990 war Litauen eine Teilrepublik der Sowjetunion. Der litauische Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg ist bis heute ein schwieriges Kapitel, in dem die Verantwortungsübernahme für die Kollaboration mit den deutschen Besatzern und die Beteiligung an der Judenvernichtung kleingeschrieben werden; keine litauische Kollaborateure wurde auch nur angeklagt.

Die Historikerin Ekaterina Makhotina hat sich in ihrer jüngst erschienenen Dissertation der litauischen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg angenommen. Dafür hat sie sich mit den Diskursen, vor allem jedoch mit den Repräsentationen des Krieges in litauischen Museen beschäftigt. Darüber hinaus hat Makhotina soziale Erinnerungspraxen, also Gedenkrituale, und Akteure mittels Interviews untersucht. Um ein annähernd vollständiges Bild zu zeichnen, wurde von ihr die sowjetische Perspektive und ihre Geschichtspolitik sowie die Museumsgestaltung nach den Richtlinien des Marxismus-Leninismus ausführlich rekonstruiert. So gelingt es die Entstehung und Entwicklung des sowjetischen Narrativs über den »Großen Vaterländischen Krieg«, vor allem in seiner Ausprägung in Litauen, aufzuzeigen. Diese Entwicklung war keineswegs stringent, sondern aufgrund der »Spezifika der lokalen politischen Kader, eine(r) multi-nationale(n) Gemengelage und traditionelle(n) wie religiöse(n) Vorprägungen« (S. 48) durch viele Improvisationen geprägt, was sich vor allem im Fall Litauens zeige. In den baltischen Republiken waren die Rückgriffe auf nationale folkloristische Elemente

besonders ausgeprägt, was sie zu regelrechten Schaufenstern für den Westen werden ließ. Gleichzeitig lag die Entwicklung eines eigenständigen litauischen Nationalismus nicht im Interesse der Sowjetmacht. Die Sowjetisierung Litauens in der Nachkriegszeit kann nicht einfach als »gewaltsame Russifizierung, als Kolonisierung oder auch als genozidale Politik in der okkupierten Litauischen Republik diskutiert und bewertet werden.« (S. 49) Makhotina zeigt auf, dass die litauische Sowjetisierung und die damit verbundene Geschichtspolitik komplexer abliefen. Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg folgt in der litauischen Sowjetrepublik grundsätzlich dem heroischen Narrativ des »Großen Vaterländischen Krieges«, das vor allem aktive Kämpfer und Märtyrer in den Mittelpunkt stellte. Dazu kam für Litauen »die Aufgabe (...), nach den selbstlosen Kämpfern aus dem eigenen Volk zu suchen.« (S. 119) Diese Suche stieß jedoch an Grenzen, »da der litauische nationale Widerstand gegen die deutschen Besatzer nicht sehr ausgeprägt war.« (S. 120) Diesem Umstand ist es zu verdanken, dass nicht nur an sowjetische Kriegsgefangene, sondern auch Jüdinnen und Juden als Märtyrer erinnert wurde, ohne sich jedoch mit ihrem Schicksal detailliert zu beschäftigen oder sie als größte Opfergruppe zu kategorisieren.

Die sowjetisch-litauische Kriegserinnerungskultur blendet die Themen wie Kollaboration und Unterstützung der Deutschen weitgehend aus. Die vorrangige und integrierende Funktion sowjetischer Geschichtspolitik bestand darin, dass Litauer sich als ausschließliche Opfer der deutschen Besatzung sehen konnten. Makhotina weist die Sinnstiftungsfunktion der Kriegserinnerung nicht nur anhand der sowjetischen Geschichtspolitik nach, sondern geht im ersten Teil ihrer Arbeit auf die Symbolpolitik, die sich in litauischen Kriegsdenkmälern niederschlägt ein. Ihren Niederschlag findet die sowjetische Geschichtspolitik auch in den unterschiedlichen Museen in und außerhalb von Litauen. Dazu zählt in erster Linie das 1948 neu eröffnete Revolutionsmuseum, in dem der »Große Vaterländische Krieg« in einem besonderen Raum präsentiert wurde. Der Ausstellung ging es darum, emotionalisierend die Einheit der litauischen Bevölkerung mit der Kommunistischen Partei und den Kampf gegen die deutschen Besatzer darzustellen. Dabei spielen immer wieder die Motive des sowjetischen Patriotismus und der glorreich dargestellten Sowjetmacht als Identifikationsangebote mit. Heroismus, Märtyrertum, Emotionalisierung, sowjetischer Patriotismus und die litauische Nation als Opfer prägen auch andere litauische Erinnerungsorte wie die Gedenkstätten für das im Rahmen einer Mordaktion im Juni 1944 mitsamt der Bewohner vernichtete Dorf Pirčiupis oder im Neunten Fort in Kaunas, wo während der Besatzung bis zu 50 000 Menschen ermordet wurden, davon 30 000 Jüdinnen und Juden. Im Mittelpunkt der sowjetischen Gedenkstätten, so fasst Makhotina zusammen, stand nicht das Gedenken, sondern der erfolgreiche Kampf von Sowjetbürger und Kommunisten.

In der Sowjetunion existierte keine spezifische Erinnerung an die Vernichtung der Jüdinnen und Juden. Deren Präzedenzlosigkeit wurde aufgrund der universalistischen Einordnung des antijüdischen Massenmordes als Teil der Gewalt gegen die Sowjetunion nicht erfasst. Dennoch geht Makhotina davon aus, dass von einer ausdrücklichen Tabuisierung des Holocaust nicht gesprochen werden kann. Vielmehr macht sie eine »Bemäntelung oder Marginalisierung des genozidalen Intention der deutschen Besatzer« (194) aus. Zudem führte die antisemitische stalinistische Kampagne seit 1948 dazu, dass die Erinnerung an den Völkermord an Jüdinnen und Juden keine Beachtung fand. Die sowjetische Politik der Heroisierung bei gleichzeitiger Viktimisierung von

ethnischen Litauer ging eindeutig zulasten der Erinnerung an die ermordete jüdische Bevölkerung. Für die nachfolgende post-sowjetische Erinnerung macht Makhotina in der sowjetischen Geschichtspolitik eine wichtige Ursache dafür aus, dass »Staaten wie die Ukraine, Lettland oder Litauen nach der Erlangung der Unabhängigkeit so zögerlich mit dem Holocaust umgingen.« (S. 240) Gleichzeitig habe in der Transformationszeit nach 1988 eine Nationalisierung der Geschichtsdeutungen stattgefunden, die mit Begriffen wie »nationale ›Wiedergeburt« oder »die Geschichte Litauens kehrt zurück« umschrieben wurde (S. 240). In diesem Rahmen wurde das diktatorische Regime von Antanas Smetona in der Zwischenkriegszeit rehabilitiert. Die litauische Nation erschien als Opfer einer fremden Macht, die für den Sozialismus verantwortlich sei, dargestellt. Der autoritäre Sozialismus wurde mit der Form einer Fremdherrschaft gleichgesetzt, »obwohl historische Studien (...) belegten, dass die Mehrheit der KPL-Mitglieder Litauer waren.« (S. 251)

In Litauen wurden, wie in anderen postsowjetischen Staaten, im Zuge der Unabhängigkeit viele Denkmäler aus der sowjetischen Zeit abgerissen und gleichzeitig neue Erinnerungsorte eingerichtet, die an den sowjetischen Terror und den antisowjetischen Widerstand erinnern. Auch Museen und Ausstellungen wurden umgestaltet oder neu eingerichtet. So wurde die Ausstellung im Neunten Fort in Kaunas umgestaltet. Aus der vormaligen Ausstellung über den Zweiten Weltkrieg wurde das Museum der Okkupationen, das sich schwerpunktmäßig mit den Verbrechen des Stalinismus beschäftigt. Es wurde auch jener Teil der Ausstellung ersatzlos entfernt, der die Nutzung der Festung als Gefängnis des Smetona-Regimes aufgriff. Die Beschäftigung mit dieser Diktatur würde das litauische Opfernarrativ infrage stellen. Neben den Opfern des Sowjeterrors bekamen nun auch die jüdischen Opfer der deutschen Besatzung im sogenannten Alten Museum einen Platz in der Ausstellung. Die Darstellung bleibt jedoch, so Makhotina, an vielen Stellen unkonkret und »lässt einen erkennbaren museumsdidaktischen Einsatz (...) vermissen.« (S. 292) Die Nivellierung der litauischen Beteiligung am Judenmord versucht die Kollaboration als Folge einer angeblichen Verantwortung von Jüdinnen und Juden für Deportationen von Litauer in die sowjetischen Gulags zu rechtfertigen. Demgegenüber untersuchen kritische litauische Historiker die Verstrickung in den Massenmord und dekonstruieren Mythen über eine jüdische Verstrickung in den Terror der Sowjetmacht von 1940/41.

Ein anderer Strang der Untersuchung widmet sich der Musealisierung des Stalinismus in Litauen, für den räumlich das Museum für Genozidopfer in der Hauptstadt Vilnius steht. Von den sowjetischen Deportationen 1940/41 waren in Litauen ungefähr 142 000 Menschen aus allen sozialen Schichten und ethnischen Gruppen der litauischen Bevölkerung betroffen. Dazu gehörten Polen, Jüdinnen und Juden, Russen und Belarussen, also nicht nur die litauische Mehrheitsgesellschaft. Viele der Verschleppten starben aufgrund der Bedingungen in den Gulags. Vor allem litauische Emigranten benutzen für die Verbrechen der Sowjetmacht den Begriff Genozid und nutzten zu dessen Untermauerung erhöhte Zahlen von 350 000 bis 800 000 Opfern. Geschichtspolitisch zielt die Verwendung des Genozidbegriffs auf eine Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Stalinismus.

Das Gebäude des heutigen Museums für Genozidopfer diente seit Ende des 19. Jahrhunderts unter russischer und polnischer Herrschaft als Gericht. Zum Gefängnis für politische Gegner wurde es erst ab 1940, also im Zuge der ersten Sowjetisierung Litau-

ens. Die deutschen Besatzer nutzen es für den Generalstab der Gestapo. Die im Keller befindlichen Zellen dienten als Gefängnis. In der zweiten sowjetischen Periode war der Bau zunächst Gefängnis. Zu Beginn der 1960er-Jahre fungierte er als Lager des KGB-Archivs. Bereits 1992 wurde es als das heutige Genozidmuseum eingerichtet (S. 309 f). Obwohl der Fokus der Schau auf beiden Besatzungen liegen sollte, ist allein die sowjetische Zeit gemeint. Wie an anderen von Makhotina analysierten Orten wird auch im Museum für Genozidopfer in erster Linie auf Emotionalisierung gesetzt. Ein quellenkritischer Umgang mit den Exponaten unterbleibt zugunsten der nationalen Opferstilisierung. Dabei werden teils antisemitische Karikaturen verwendet, die sich gegen die Sowjetmacht richten und das Stereotyp des »jüdischen Bolschewismus« aufgreifen. An anderer Stelle wird durch die Verwendung von Schienensträngen und Koffern eine Assoziation zu Bildern aus Auschwitz hergestellt. Makhotina konstatiert, dass die postsowjetischen litauischen Musealisierung und »die Beschränkung der eigentlich ethnisch übergreifenden Gewalterfahrungen der Einwohner Litauens (...) auf die ethnisch litauischen Opfer in der Tradition des Geschichtsbildes (stehen, IS), wie es in der Umbruchszeit der 1980er-Jahre formuliert wurde und welches wiederum an die nationalistischen Konzeptionen der Zwischenkriegszeit anknüpft.« (S. 332)

Obwohl die heutige litauische Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg durchaus heterogen und konfliktbeladen ist, dominieren in den staatlichen musealen Repräsentationen nationalistische Konzeptionen, die einer modernen offenen Museumskultur und didaktischen Grundprinzipien zuwiderlaufen. Die differenzierte Darstellung von Makhotinas Arbeit ist ein großes Verdienst. Sie entwirft ein kritisches Bild der sowjetischen Kriegserinnerungen ohne in totalitarismustheoretische und damit ideologische Fallen zu geraten. Mit ihrer Analyse der postsowjetischen Diskurse und Musealisierungen bewegt sie sich auf einem geschichtspolitisch und identitätspolitisch aufgeladenen Feld. Desto wichtiger ist ihre sachliche Analyse der nationalen Vereindeutigungen litauischer Museen. Das Buch »Erinnerungen an den Krieg – Krieg der Erinnerungen« hat in diesem Sinn das Potenzial für die nächsten Jahre ein Standardwerk für die Auseinandersetzung um postsowjetische Erinnerung zu werden.

Ingolf Seidel arbeitet als Redakteur und Projektleiter des Online-Magazins von www.lernen-aus-der-geschichte.de. Zudem ist er freiberuflich im Projekt »Reflecting Memories. Gedenken, Erinnerungskulturen und historisch-politische Bildung zu Shoah, Porajmos, Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg« in der Internationalen Jugendarbeit des Bayerischen Jugendrings tätig.

1 Christoph Dieckmann: Deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941–1944. Göttingen 2011. S. 151.

2 Ebda. S. 792.

3 Seitenzahlen in Klammern nachfolgend für Makhotina.